

Atomwaffen und Menschheitszukunft

Beiträge zum
13. Dresdner Symposium
Für eine globale Friedensordnung
am 15. November 2008

DSS–Arbeitspapiere

Heft 93 – 2009

Vorstandsvorsitzender: Prof. Dr. Wolfgang Scheler Rottwerndorfer Str. 3 01257 Dresden

Die Projektgruppe *Globale Friedensordnung* dankt der Kulturakademie Dresden für die erwiesene Gastfreundschaft und die ihrem Dresdner Symposium gewährten ausgezeichneten Arbeitsbedingungen.

Redaktion und Druckvorbereitung; V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Siegfried Schönherr

Vertrieb: Dr. Lothar Glaß Neuostra 1 01219 Dresden Telefon: 0351/4707918

Inhalt

VOLKER BIALAS	Die chronische Atomkriegsgefahr und die Logik der Abrüstung	3
ERNST WOIT	Die Gefahr des nuklearen Omnizids und der subjektive Faktor Mensch	14
HORST-DIETER STRUENING	Zum Phänomen der Verdrängung der Atomkriegsgefahr. Formen, Ursachen und Gründe	24
WOLFGANG SCHELER	Der atomar bewaffnete Frieden als eine Form des Militarismus	33
DETLEV BALD	„Entweder wir schaffen die Atombombe ab oder die Atombomben schaffen uns ab.“ Machtrealität und Dynamik der nuklearen Rüstung seit Hiroshima. Unveränderter Nachdruck aus: M. Budzinski (Hrsg.), Atomwaffen. Eine Herausforderung für den Frieden, Evangelische Akademie Bad Boll 2007, mit freundlicher Genehmigung des Autors	41

Beiträge im Rahmen der Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere“ geben die Ansichten der Autoren wieder, mit denen sich Herausgeber und Redaktion nicht in jedem Fall identifizieren. Alle Rechte und Pflichten im Sinne des Urheberrechtsgesetzes liegen bei den Autoren. Nachdruck und jede andere vom Gesetz nicht ausdrücklich zugelassene Verwertung bedürfen ihrer Zustimmung; zugleich haften sie dafür, dass durch die vorliegende Veröffentlichung ihrer Ausarbeitungen nicht Schutzrechte Anderer verletzt werden.

Redaktionsschluss: 15. Januar 2009

Kostenbeitrag: 3,00 Euro

Volker Bialas

Die chronische Atomkriegsgefahr und die Logik der Abrüstung

Die andauernde militärische Hochrüstung

Im Jahr 1982 wurde die UNO-Studie Kernwaffen veröffentlicht. Das war die umfassendste UNO-Publikation, die jemals Sachinformationen über die nuklearen Arsenale, über die weitere technologische Entwicklung von Kernwaffensystemen, über die Wirkungen ihres Einsatzes und über Abrüstungsvereinbarungen zusammengetragen hatte. Darin heißt es in der Zusammenfassung: „Niemand zuvor waren Staaten in der Lage, die Grundlagen für das Fortbestehen anderer Staaten oder Regionen zu zerstören; niemals zuvor hatten Waffen eine solch unmittelbare, vollständige und weltumfassende Zerstörungskraft; niemals zuvor stand die Welt wie heute vor der realen Gefahr der Selbstauslöschung.“¹

Nur zehn Jahre später erreichte die Menschheit ein Hoffnungsstrahl, die atomare Kriegsgefahr zu bannen. Als bald nach dem Ende der Sowjetunion der Warschauer Pakt aufgelöst wurde, konnte sich die Menschheit für den Moment der Erwartung hingeben, einen umfassenden Prozess der Abrüstung einleiten zu können. Diese Hoffnung und Friedenssehnsucht brachte der damalige Generalsekretär der Vereinten Nationen Boutros Boutros-Ghali zu Beginn seiner Amtszeit im Jahr 1992 in der *Agenda für den Frieden* zum Ausdruck, indem er das Ende der Blockkonfrontation zu einer *zweiten Chance* der Weltgestaltung seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges erklärte.²

Dieser Traum eines universellen Friedens ist rasch zu Ende gegangen. Zwar besteht die Konfrontation zwischen den USA und der Sowjetunion bzw. Russland mit der Drohung der gegenseitigen nuklearen Vernichtung in der alten Form nicht mehr, doch lehrt uns nach wie vor die weltweite militärische Hochrüstung mit den gewaltigen Arsenalen der Atomwaffen das Fürchten, wie ein Blick auf die Rüstungshaushalte zeigt (Übersicht 1).

Gegenwärtig geben also die USA das Fünfzehnfache dessen aus, was Russland für Rüstung veranschlagt hat. Dieses Verhältnis möchte Russland für 2009 durch vermehrte Rüstungsanstrengungen auf das *nur* Neunfache verkleinern. Nimmt man noch die anderen NATO-Staaten hinzu, so steigert sich

¹ Die UNO-Studie Kernwaffen (deutsche Ausgabe), München 1982, S. 199.

² Siehe B. Boutros-Ghali, *Agenda für den Frieden*, New York, Wien 1992, S. 33.

das Verhältnis auf mehr als das Zwanzigfache, wobei auf die NATO-Staaten zusammen mehr als 70 Prozent der weltweiten Rüstungsausgaben entfallen.

Land	Ausgaben in Mrd. €	Ausgaben pro Tag in Mill. €	Voranschlag für 2009 in Mrd. €
USA	405	1.100	575
Großbritannien	44		
China	43		
Frankreich	38		
Japan	32		
Deutschland	27	75	
Russland	26		66

Übersicht 1: Militärausgaben im Jahr 2007 (Quelle: SIPRI-Jahrbuch 2008).

Allein dieser Vergleich der Militärhaushalte macht den unverändert aggressiven Charakter des NATO-Bündnisses deutlich. In einer Zeit der Erklärungsnot für den Fortbestand des westlichen Militärbündnisses hat sich die NATO unter der Führung der USA immer mehr als globale Ordnungsmacht etabliert, als Macht einer Ordnung nach westlichen Vorstellungen. In der Realität hat sie systematisch ihre Ausdehnung nach Osten betrieben, ihre wirtschaftlichen Interessen militärisch durchgesetzt und planmäßig die Einkreisung Russlands verfolgt.

Zu dieser aggressiven Politik gehört auch die bereits eingeleitete Errichtung der US-Raketenabwehr in globalem Rahmen, in den nun auch Polen mit der Stationierung von zehn Abfangraketen und die Tschechische Republik mit der Aufstellung eines Radar-Frühwarnsystems eingebunden werden sollen. Diese Systeme sollen nach der offiziellen Darstellung der US-Regierung gegen drohende Angriffe missliebiger Staaten gerichtet sein, also gegen noch nicht existierende Raketen in Stellung gebracht werden. In Wirklichkeit soll auch dieser Raketenschirm die militärische Überlegenheit der USA weiter ausbauen.

Wie Anfang der 80er Jahre des 20. Jahrhunderts besteht die Gefahr, dass die USA ungestraft Atomschläge androhen und den möglichen Einsatz als politisches Druck- und Erpressungsmittel benutzen könnten. Mit dieser Raketenpolitik greifen die USA erneut nach der atomaren Vorherrschaft, um sich die

strategische und ökonomische Weltherrschaft zu sichern.³ Zu diesem Zweck wurde von den USA bereits Mitte 2002 der ABM-Vertrag gekündigt, in dem der Aufbau einer landesweiten oder gar globalen Raketenabwehr zugunsten eines Landes verboten ist. Im Gegenzug droht nun Russland seinerseits damit, den INF-Vertrag über das Verbot von Mittelstreckenraketen aufzukündigen. Russland könnte dann mit Mittelstreckenraketen die an der polnischen Ostseeküste geplante US-Raketenbasis in wenigen Minuten ausschalten.⁴

Es scheint sich eine neue Phase des nuklearen Wettrüstens anzukündigen. Zwar sahen die früheren START-Verträge⁵ eine Abrüstung vor, sie wurden aber nicht voll umgesetzt. Diese unheilvolle Entwicklung verstärkt sich noch dadurch, dass seit dem Ende der Sowjetunion weitere Staaten in den Besitz von Atomwaffen gelangt sind und dass in mehr als 50 Staaten Tausende Tonnen von Plutonium und hoch angereichertem Uran lagern, ausreichend dafür, Hunderttausende von Atomwaffen herzustellen. Insgesamt hat sich also in den letzten 15 Jahren die Atomkriegsgefahr weiter erhöht.

Land	Anzahl der Nuklearwaffen
Russland	ca. 14.000
USA	ca. 5.400
China	200
Frankreich	350
Großbritannien	200
Israel	200 - 400
Indien	ca. 110
Pakistan	ca. 120

Übersicht 2: Atomwaffenarsenale 2008 weltweit
(Quelle: Arms Control Association/Bulletin of Atomic Scientists).

³ Siehe R. Mutz, G. Neuneck, Manie der Unverwundbarkeit – Welche Sicherheit bietet die Raketenabwehr?, in: Friedensgutachten 2008, Jahresbericht des *Bonn International Center for Conversion* (BICC).

⁴ Eine neue Gegendrohung sieht die Stationierung von Kurzstrecken-Raketen in Kaliningrad vor.

⁵ START steht für *Strategic Arms Reduction Treaty*, also für einen Vertrag über die Abrüstung strategischer Kernwaffen.

Mehr als 92 Prozent aller Nuklearwaffen sind im Besitz der USA und Russlands. Dabei hat ein einziger nuklearer Sprengkopf eine Feuerkraft, die ein Vielfaches der zu dem makabren Vergleich herangezogenen Hiroshima-Bombe beträgt. Grobe Anhaltspunkte für eine vorsichtige Abrüstung könnten die nicht voll umgesetzten Rüstungsbegrenzungsverträge bieten. START I des Jahres 1991 sah einen Abbau strategischer Waffen für die USA und die Sowjetunion auf jeweils 1.600 Trägersysteme mit maximal 6.000 Nuklearbomben vor. Der SORT-Vertrag⁶ des Jahres 2002 sollte die Arsenale auf jeweils 2.200 einsatzfähige Atomwaffen beschränken, während die Trägersysteme in dem Vertrag nicht erwähnt wurden.⁷ Der Moskauer Vertrag von 2001 legte neue Obergrenzen für die Sprengköpfe Russlands und der USA fest, so dass gegenwärtig die USA über etwa 5.400 und Russland über etwa 5.200 einsatzfähige Atomwaffen verfügen könnten.⁸

Das Phänomen der Verdrängung

In Anbetracht dieser angehäuften gewaltigen Vernichtungspotenziale muss es überraschen, dass die nukleare Abrüstung nicht auf der Tagesordnung der dringend zu lösenden globalen Probleme steht. Es stellt sich die Frage, ob hier – wie es in der Einladung zu diesem 13. Dresdner Symposium heißt – ein Phänomen der Verdrängung vorliegt.

Dabei könnten psychologische Momente eine wichtige Rolle spielen. Wie bei der Klima-Katastrophe ist auch bei der drohenden Vernichtung der Menschheit durch Kernwaffen die Gefahr des Untergangs aus dem menschlichen Bewusstsein verbannt. Bei der möglichen Vernichtung der Gattung könnte es sich so wie bei dem individuellen Tod als der letzten und äußersten Grenze des menschlichen Lebens verhalten: Das Sprechen über den eigenen Tod ist nicht erwünscht. Zum Denken an Tod und Sterblichkeit schreibt Blaise Pascal: „Es ist leichter, den Tod zu ertragen, ohne an ihn zu denken, als den Gedanken an den Tod, ohne zu sterben.“⁹

Dieser Verdrängungsmechanismus spielt offenbar auch bei der existenziellen Bedrohung durch die globalen Probleme eine wichtige Rolle. Nur so kann in der Leugnung oder Nichtwahrnehmung der Atomkriegsgefahr der Schein der Normalität des individuellen und gemeinschaftlichen Lebens aufrechterhalten

⁶ SORT ist die Abkürzung für *Strategic Offensive Reduction Talks*, also für Gespräche zur Begrenzung strategischer Offensivwaffen.

⁷ Siehe Freitag Nr. 42 vom 17.10.2008, S. 7.

⁸ Siehe Süddeutsche Zeitung vom 12.11.2008, nach: Nuclear-Notebook 2008.

⁹ Fragment 166, in: B. Pascal, *Über die Religion und über einige andere Gegenstände*, Hrsg.: E. Wasmuth, Frankfurt a.M 1987, S. 92.

werden. In dieser Weise werden nach Jonathan Schell Wirklichkeitsflucht zur Gewohnheit und Teilnahmslosigkeit zu einer Lebensweise.¹⁰ Es liegt aber die Bedrohung, weil sie als total zu denken ist, auch außerhalb des vorstellenden Bewusstseins. Ein totales Inferno mit einem atomaren Feuer rund um den Globus muss jede Vorstellungskraft übersteigen. Die Verdrängung der Gefahr der globalen Vernichtung liegt sozusagen in der menschlichen Psyche begründet. Doch letztlich haben die Manager des industriell-militärischen Komplexes und gewissenlose Politiker ein Interesse daran, dass die atomare Vernichtungsgefahr wenig öffentliche Aufmerksamkeit findet. Eine massenhafte Erhebung gegen die Hochrüstung könnte unerwünschte gesellschaftliche Veränderungen bewirken und würde der Gier nach Profiten an der militärischen Rüstung eventuell ein Ende bereiten.

Das ist die eine Seite der Atomkriegsgefahr: Man hat sich offenbar darauf eingerichtet, mit ihr zu leben, möchte das allerdings nicht wirklich wahrhaben.

Auf der anderen Seite hält aber die Aufmerksamkeit für dieses globale Problem in der Fülle der relevanten Bücher, die hauptsächlich von Wissenschaftlern, Politikern und kritischen Journalisten geschrieben sind, unvermindert an. Als einen Beleg für diesen überraschenden Befund wird die Anzahl der Bücher der letzten drei Jahre, die in einer großen Bibliothek zugänglich sind, genommen und mit der Menge entsprechender Bücher zehn Jahre zuvor verglichen. Als Bibliothek wird die Bayerische Staatsbibliothek in München ausgewählt, die mit rund 10 Millionen Bänden, rund 50.000 laufenden Zeitschriften und über 90.000 Handschriften zu den bedeutendsten Wissenszentren der Welt gehört.¹¹

Jahr	Anzahl der Bücher	davon aus den USA	Jahr	Anzahl der Bücher	davon aus den USA
1995	67	26	2005	35	17
1996	37	21	2006	55	25
1997	34	7	2007	60	31
Summe	138	54 (39 Prozent)		150	73 (49 Prozent)

Übersicht 3: Anzahl relevanter Bücher der Jahre 1995-1997 und 2005-2007 der Bayerischen Staatsbibliothek.

¹⁰Siehe J. Schell, *Das Schicksal der Erde. Gefahr und Folgen eines Atomkriegs*, München 1982, S. 173.

¹¹Siehe Bayerische Staatsbibliothek. *Information in erster Linie*, München 2007, S. 6.

Schaut man sich die Titel der einschlägigen Bücher mit Hilfe der elektronischen Suchhilfe Opac Plus an, so ergibt sich die folgende Zusammenstellung (Siehe Übersicht 3):

Im Jahrestripel der 90er Jahre sind 138 Bücher, im entsprechenden Zeitraum zehn Jahre später, 150 Bücher nachweisbar. Allerdings wurden in den Jahren 2005-2007 die neuen Themen *Nordkorea* mit 15 Titeln, *Iran* mit 8 Titeln und *Terrorismus* mit 9 Titeln erörtert. Daher bleibt die Publikationsrate mit etwa 45 Büchern pro Jahr, die sich mit dem globalen Problem des Atomkrieges auseinandersetzen, ungefähr gleich. Auffallend ist der hohe Anteil der Bücher aus den USA mit etwas mehr als einem Drittel.

Die Rationalität umfassender Abrüstung

Nach den Erfahrungen der letzten Jahre steht außer Zweifel, dass von den USA gegenwärtig die größte Gefahr für den Weltfrieden ausgeht. Zu Recht wird daher argumentiert: Die USA können nicht Sicherheit für sich und ihre Interessen reklamieren und gleichzeitig andere Staaten mit dem möglichen Einsatz auch atomarer Waffen bedrohen. Indessen ist, wie selbst Henry A. Kissinger im Wall Street Journal zugegeben hat, das Vertrauen auf die Abschreckung durch Nuklearwaffen „zunehmend ein Wagnis und immer weniger effektiv“. Denn die größte Gefahr gehe von Terroristen aus, die nukleare Waffen einsetzen könnten, ohne dass dafür bestimmte Staaten haftbar zu machen wären.¹² Das erste und oberste Postulat muss daher lauten:

Die Sicherheit ist unteilbar

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat dieses Postulat kürzlich erneut ins Gespräch gebracht: Niemand darf seine Sicherheit auf Kosten anderer durchsetzen. Niemand darf eigene Sicherheitsinteressen verfolgen, die andere Staaten schädigen.¹³ Diese Forderung nach einer allseitigen Schadensverhinderung durch den gegenseitigen Ausgleich im Geben und Nehmen ist ethisch in der *goldenen Regel* begründet, die bekanntlich das Grundprinzip sittlichen Verhaltens schlechthin darstellt. Wer sie missachtet, stellt sich außerhalb der zivilisierten Gesellschaft. Das durch einen neuen Gewaltakt durchgesetzte Recht auf Vergeltung kann nur neue Ungerechtigkeit bewirken, die Ursache neuer Gewalt werden kann. Daher verliert für das Postulat der unteilbaren Sicherheit die Vergeltungsoption ihre ohnehin fragwürdige Berechtigung und ist durch den Grundsatz des positiven Ausgleichs zu ersetzen: Wer Sicherheit erwartet, muss diese auch den anderen zugestehen.

¹²Zitiert bei J. Schell, *The seventh decade. The new shape of nuclear danger*, New York 2007, S. 205.

¹³Siehe *Süddeutsche Zeitung* vom 14.10.2008.

Von dieser Ethik der ausgleichenden Gerechtigkeit war insbesondere der Atomwaffensperrvertrag oder der Nichtverbreitungsvertrag (NPT)¹⁴ von 1970 erfüllt. Er sah Verhandlungen über die Einstellung der Produktion von Kernwaffen, über die Beseitigung der Trägersysteme und schließlich die Zerstörung aller Arsenale vor. Demgemäß heißt es im Artikel VI ausdrücklich: Die atomwaffenfreien Staaten verzichten auf die Entwicklung von Atomwaffen, wenn sich die Atommächte im Gegenzug dazu verpflichten, redliche Verhandlungen über die Abschaffung der Atomwaffen zu führen.¹⁵

Wenn Sicherheit unteilbar ist, sind nur zwei Schlussfolgerungen möglich: Entweder haben alle Staaten das Recht, Atomwaffen zu besitzen, oder es müssen alle Staaten darauf verzichten. Die weitere Verbreitung der Kernwaffen und die dadurch gewachsene Gefahr eines Atomkrieges lassen nur den zweiten Weg als vernünftige Möglichkeit zu. Damit ergibt sich als zweites Postulat:

Die Unteilbarkeit der Sicherheit erfordert eine umfassende und allseitige Abrüstung

Die globale Verständigung mit dem Ziel einer alle Waffengattungen und alle Staaten betreffenden Abrüstung ist das friedenspolitische Gegenkonzept zu dem Herrschaftsmodell des Empires, bei dem eine Zentralmacht – wie in den letzten Jahren die USA in Verbindung mit NATO und UN-Sicherheitsrat – die Regularien der internationalen Beziehungen diktiert und andere Staaten erpressen kann. Eine umfassende Abrüstung mit der Elimination der Atomwaffen ist nur in globaler Übereinstimmung aller Staaten möglich.¹⁶

Damit artikuliert sich ebenso ein grundsätzlicher Widerspruch gegen die bestimmenden Normen der herrschenden Weltordnung, die wesentlich auf Gewalt beruht. Es reicht nicht aus, immer wieder papierne Verträge über atomare Abrüstung abzuschließen. Die Forderung nach Abrüstung muss umfassend und unteilbar sein. Auch ohne Atomwaffen besitzen die USA einen überlegenen Militärapparat mit hochpräzisen konventionellen Waffen und mit Stützpunkten rund um den Globus. Damit lassen sich zahlreiche Länder einschüchtern und erpressen, die ihrerseits infolge dieser Bedrohung sich atomar bewaffnen möchten. Die nukleare Abrüstung muss also mit Schritten der konventionellen Abrüstung einhergehen.

¹⁴NPT ist die Abkürzung von *Non-Proliferation Treaty*. Er wurde von den meisten Staaten unterzeichnet und ratifiziert, ist aber in der Praxis, insbesondere von den fünf Veto-Mächten des UN-Sicherheitsrates, nicht eingehalten worden.

¹⁵Siehe Die UNO-Studie Kernwaffen, München 1982, S. 185.

¹⁶J. Schell, 2007, a.a.O., S. 183.

In Anbetracht der globalen Vernichtungsgefahr erscheint der Rekurs auf die nationale Souveränität und auf eigene Sicherheitsinteressen nicht nur egoistisch, sondern auch historisch und politisch antiquiert. Es darf nicht mehr allein um das Interesse von Nationalstaaten oder herausgehobener Bündnisse gehen, wenn der ganze Globus bedroht ist. Gefordert ist eine Loyalität gegenüber der ganzen Menschheit und gegenüber dem Heimatplaneten Erde.¹⁷ Darum ist notwendigerweise ein anderes System der internationalen Sicherheit und Kooperation zu fordern, das zu einem dritten Postulat führt:

Die umfassende und allseitige Abrüstung erfordert ein anderes politisches Weltsystem

Die Abschaffung des Kapitalismus steht gegenwärtig nicht auf der Tagesordnung; allenfalls die der neoliberalen turbo-kapitalistischen Auswüchse. Vielmehr stellt sich die Frage, wie weit die Gesellschaft unter der Prämisse maximaler Kapitalverwertung noch lernfähig ist, ob also in Anbetracht der globalen Vernichtungsgefahr die gesellschaftliche Menschheit hier zu einer Selbstbesinnung findet. Kann durch ein Zusammengehen der Nationalstaaten zu größeren politischen Einheiten, und schließlich zu einer gemeinsamen repräsentativen Vertretung, eine umfassende Abrüstung erreicht werden?

Bekanntlich hat in Anbetracht der Einseitigkeit des traditionellen Völkerrechts Immanuel Kant in dem Traktat *Zum ewigen Frieden* (1795/1796) sich darum bemüht, das internationale Recht um das Friedens-Völkerrecht zu ergänzen. Zu den von ihm genannten positiven Bedingungen für die Herstellung eines zwischenstaatlichen Rechtszustandes gehörte vor allem der Vorschlag, den Weltfrieden durch einen Zusammenschluss der Staaten wahrscheinlicher zu machen. Die Idee des Föderalismus an sich, des Zusammenschlusses der menschlichen Gattung als einer Notwendigkeit der Geschichte, würde nach Kant die Schaffung einer Weltrepublik, eines Weltstaates, aus dem eine Weltregierung hervorgehen könnte, erfordern. Zudem müsste ein gemeinsames rechtsmoralisches Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger, das durch ein Weltbürgerrecht zu befördern wäre, entstehen.¹⁸

Bis heute sind die Staaten kaum bereit, ihre Souveränitätsrechte in Fragen nationaler Sicherheit einer übergeordneten Organisation zu übertragen. Selbst ein vorläufiges Modell eines derartigen Weltsystems ist in der UNO mit dem Organ des von den USA dominierten Sicherheitsrates kaum realisiert. Daher ist immer wieder eine Reform der UNO, oder sogar die Neugründung einer

¹⁷Siehe D. Ikeda, J. Rotblat, *Auf der Suche nach Menschlichkeit. Der Buddhist und der Nuklearforscher im Dialog*, aus dem Englischen, München 2007, S. 203.

¹⁸Siehe I. Kant, *Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf* (1795/1796), in: Kant, *Werkausgabe*, Bd. XI, Hrsg.: W. Weischedel, Frankfurt a.M. 1968, S. 193-251.

anderen Institution, gefordert worden. So hat etwa Johan Galtung 1988 vorgeschlagen, den Sicherheitsrat ganz abzuschaffen und als Alternative eine Volksversammlung zu bilden, für die die Delegierten in weltweiten direkten Wahlen gewählt werden. Auf diese Weise sollen die Weltinteressen in neuen Weltinstitutionen innerhalb der UNO durchgesetzt werden.¹⁹

Erfüllt sich vielleicht mit den positiven Aspekten der Globalisierung in der Herausbildung einer gesellschaftlichen Menschheit die Kantische Erwartung, die menschliche Gattung müsste sich quasi aus Naturnotwendigkeit zusammenschließen? Würde so die wesentliche Bedingung der Möglichkeit einer globalen Friedensordnung einmal Wirklichkeit werden?

Die Globalisierungsprozesse laufen jedoch an den wirklichen Bedürfnissen der Menschen weitgehend vorbei, und noch ist das Bewusstsein der meisten Menschen für die Zugehörigkeit zu einer gemeinsamen Welt nicht entwickelt. Es bedarf aber des politischen Gesamtwillens aller Völker, um eine umfassende Abrüstung herbeizuführen, wie es ein weiteres Postulat zum Ausdruck bringt:

Eine friedliche Welt lässt sich nur dann verwirklichen, wenn der unbedingte Wille der Menschheit dahinter steht und die Menschen an ihrer Gestaltung aktiv teilhaben können

Das oberste Ziel des politischen Handelns muss das Lebensrecht eines jeden Menschen sichern, insbesondere das Recht auf ein Leben ohne äußere Bedrohung und Angst. Dieses Postulat hatte schon Albert Schweitzer im Sinn, als er am 3. August 1963 in Lambarene an die Welt appellierte: „Die Völker als solche müssen gegen die Atomwaffen sein, wenn es gelingen soll, diese loszuwerden.“²⁰

Joseph Rotblat, viele Jahre lang die treibende Kraft der alljährlich stattfindenden Pugwash-Konferenzen über atomare Abrüstung und globale Entwicklung und 1995 für Pugwash mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet, wird noch konkreter. Er schlägt ein zweistufiges System der kontrollierten Abrüstung vor: sowohl ein System der Verträge und der von der internationalen Gemeinschaft kontrollierten Abrüstung als auch ein *gesellschaftliches Kontrollsystem*. Darin sollen Physiker, Juristen und die NGOs, kurz: die Bürger, zusammenarbeiten, um die Abrüstung und das Verbot atomarer Aufrüstung in ihrem Land gemeinsam zu kontrollieren und durchzusetzen.²¹

¹⁹J. Galtung, Visionen einer friedlichen Welt (1988), in: D. Senghaas (Hrsg.), Den Frieden denken, Frankfurt a.M. 1995, S. 385-418.

²⁰A. Schweitzer, Friede oder Atomkrieg, München 1982, S. 98.

²¹Siehe D. Ikeda, J. Rotblat, a.a.O., S. 152.

Die Logik der Abrüstung

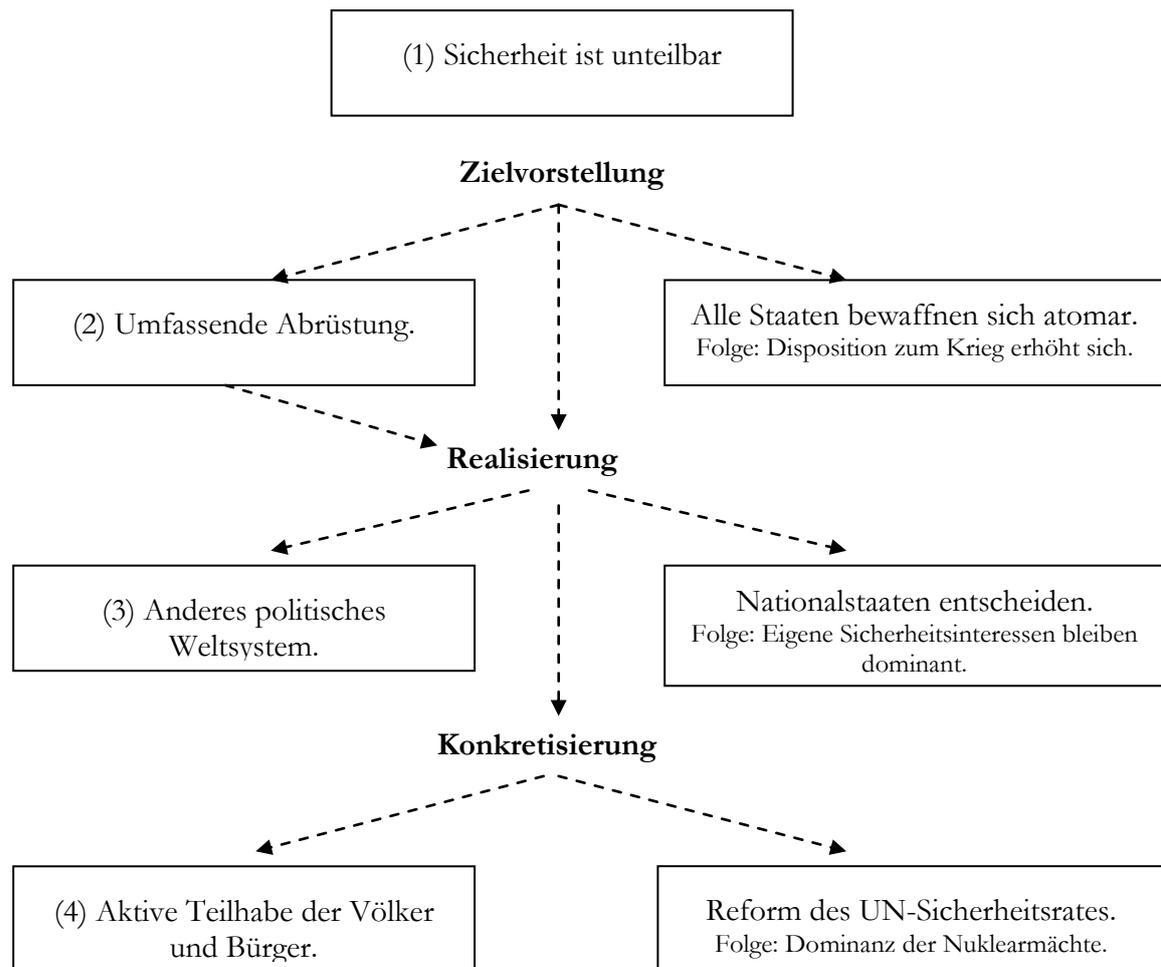
Wir haben vier ineinander greifende Stufen mit jeweils einem charakteristischen Postulat erkannt. Mögliche Alternativen, die gegenwärtig die Diskussionen bestimmen, führen in eine Sackgasse und nicht zur Abrüstung der atomaren Vernichtungswaffen. Diese Zusammenhänge sind in Übersicht 4 nochmals zusammengestellt und graphisch veranschaulicht. Am Ende stellt sich auf der vierten Ebene erneut die Frage, wie die Verdrängung der Gefahr eines Atomkrieges aufgebrochen werden kann.

Vielleicht kann uns hier wieder die Sozialpsychologie weiterhelfen? Sie spricht von einer *gestörten Gesellschaft* und von einem *defizitären Verhalten* der Menschen, weil – was schon Kant für seine Zeit erkannt hatte – der technologische Fortschritt sich immer mehr vom Menschen entfernt, also nicht der Entwicklung des Humanum dient. Immanuel Kant bedenkt bereits das mögliche „Ende aller Dinge“; er sieht die Drohung eines „Endes mit Schrecken“ heraufziehen, weil der Fortschritt der Menschheit den Talenten und der Geschicklichkeit, also den Wissenschaften und der Technik, gewidmet ist und die Moralität zurückbleibt.²² Heute erlebt die Gesellschaft, besonders im technologischen Bereich, einen immer rasanteren Wandel. Die wirklichen Bedürfnisse der Menschen werden nicht mehr befriedigt. Ausgesetzt den täglichen Negativmeldungen, befinden sie sich in dem Zustand einer abwehrenden *Angststarre*. Insgesamt fehlt daher unserer Gesellschaft eine reale Zukunftsvision.²³ Doch müssten nicht alle Kräfte eingesetzt werden, um die globalen Probleme zu lösen und so auch die Atomkriegsgefahr zu beenden? Dafür müsste die Resignation auf der Handlungsebene durchbrochen werden. Nur so lässt sich eine neue Vision entwickeln. Kein anderes Konzept ist dafür besser geeignet als das friedenspolitische und sozialpädagogische Projekt der *Kultur des Friedens*, das für das Jahr 2000 von der UNO propagiert wurde.²⁴ Nur im gemeinsamen Tun lässt sich die Ohnmacht gegenüber der globalen Vernichtungsgefahr überwinden, um schließlich eine andere, friedliche Verfasstheit unserer Welt zu erreichen.

²² I. Kant, Das Ende aller Dinge (1794), in: Kant, Werkausgabe, Hrsg.: W. Weischedel, Bd. XI, Frankfurt a.M. 1968, S. 175-180.

²³ Siehe M. Winterhoff, Warum unsere Kinder Tyrannen werden. Oder: Die Abschaffung der Kindheit, Gütersloh 2008, S. 172.

²⁴ Dazu gehört das Manifest der UNESCO *Für eine Kultur des Friedens und der Gewaltfreiheit*, das im Herbst 2000 der Generalversammlung der UN mit vielen Millionen Unterschriften übergeben wurde. Gegenwärtig befinden wir uns noch immer in der – allerdings wenig beachteten – *Internationalen Dekade für eine Kultur des Friedens und der Gewaltfreiheit für die Kinder dieser Welt (2001-2010)*.



Übersicht 4: Die Logik der Abrüstung.

Autor: Prof. Dr. Volker Bialas,

Wissenschafts- und Philosophiehistoriker.

Ernst Voit

Die Gefahr des nuklearen Omnizids und der subjektive Faktor Mensch

Mehr als 60 Jahre nach Hiroshima und Nagasaki und fast 20 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges mehren sich die Stimmen, die vor der wachsenden Gefahr eines Einsatzes von Kernwaffen warnen. Obwohl der Internationale Gerichtshof (IGH) in Den Haag am 8. Juli 1996 entschieden hat, dass bereits die Androhung des Einsatzes von Kernwaffen, und erst recht ihr Einsatz, grundsätzlich gegen das Völkerrecht verstößt, sind wir von internationalen Verträgen, die diesem Urteil entsprechen, weiter denn je entfernt. Nicht nur, dass es weltweit fast 30.000 nukleare Sprengköpfe gibt, mit denen alles Leben auf der Erde ausgelöscht werden kann. Gleichzeitig befinden sich die führenden Militärmächte – nahezu unbemerkt von der Weltöffentlichkeit – längst wieder in einem neuen atomaren Rüstungswettlauf, in dem die Planung des Ersteinsatzes von Kernwaffen einen festen Platz hat.

Da sich kein internationaler Konsens abzeichnet, auf den Ersteinsatz von Kernwaffen zu verzichten, wächst objektiv die Wahrscheinlichkeit eines Einsatzes dieser das Überleben der Menschheit gefährdenden Massenvernichtungsmittel. Es ist deshalb notwendig, immer wieder an die Warnung Bertrand Russells zu erinnern, dass der Einsatz dieser Waffen „die grauenhafte Aussicht einer Auslöschung der Gesamtmenschheit, wenn nicht im nächsten, dann im übernächsten oder drittnächsten Krieg“ eröffnet. Woraus folgt, dass ein solcher Krieg „nicht mehr ein Instrument der Politik sein kann“.¹

Tatsächlich hängt das Schicksal der Menschheit heute und in aller Zukunft unmittelbar davon ab, ob und inwieweit diese Erkenntnis das Handeln der Politiker und Militärs bestimmt, die über den Einsatz von Kernwaffen zu entscheiden haben. Es geht darum, so illusionslos wie möglich einzuschätzen, wozu Menschen als politische und militärische Entscheidungsträger im Zusammenhang mit dem Einsatz von Kernwaffen fähig sein können. Nichts kann der Gewinnung dieser Einschätzung mehr dienen als eine konsequent realistische *Analyse des subjektiven Faktors Mensch* in den wichtigsten Entscheidungssituationen des Kalten Krieges.

¹ B. Russell, Vernunft und Atomkrieg, Wien, München, Basel 1959, S. 63 u. 62.

August 1945 – Hiroshima und Nagasaki

Dass die beiden japanischen Städte am Ende des Zweiten Weltkriegs die Opfer des ersten und bisher einzigen Kernwaffeneinsatzes waren, ist weltweit bekannt. Weit weniger bekannt sind die tatsächlichen Ziele und Motive, von denen sich die führenden Politiker und Militärs bei diesem Einsatz leiten ließen. Detlef Bald beschreibt diesen Tatbestand zutreffend so: „Hiroshima wurde die Metapher für Destruktivität und moralische Verwerflichkeit; aber der Ort stand auch für das letzte Mittel der Verteidigung der Freiheit. ... Die Fragen nach den tieferen Ursachen, nach Schuld und Rechtfertigung wurden beiseite geschoben und die Unterscheidung von Tätern und Opfern verwischt ...“.² Allerdings vermeidet es auch Bald, die atomare Bombardierung Hiroshimas und Nagasakis durch die USA eindeutig als atomaren Massenmord und historisch beispielloses Kriegsverbrechen zu werten, obwohl alle inzwischen zugänglichen Informationen über die Zielsetzung, Planung, Durchführung und Wirkung dieses ersten Einsatzes der Atomwaffe gar keine prinzipiell andere Wertung zulassen.

Was hatte die Führung der USA bewogen, die Wirkung der neuen Waffe nicht – wie es die an ihrer Entwicklung beteiligten Wissenschaftler gefordert hatten – auf einer unbewohnten Insel zu demonstrieren, sondern sie ausgerechnet gegen zwei japanische Großstädte einzusetzen, in denen es zudem keine wichtigen militärischen Ziele gab? Nach General Leslie Groves, dem militärischen Leiter des *Manhattan Projekts*, sollten die Zielorte „nicht schon durch Luftangriffe beschädigt sein. Erwünscht war schließlich, als erstes Ziel einen Ort von solcher Größe zu wählen, dass die ganze Zerstörungszone sich innerhalb des Ortes befinden müsse und wir daher die Gewalt der Bombe genauer bestimmen könnten“.³ Das heißt, mehr als 400.000 japanische Zivilisten wurden getötet, um die Wirkung der neuen Waffe am lebenden Objekt zu testen. Zum ersten Mal wurde darüber hinaus die zunächst überlebende Bevölkerung durch radioaktive Strahlung genetisch geschädigt.

Wozu dieser Massenmord an Zivilisten? Diejenigen, die ihn bis heute rechtfertigen, behaupten, dass damit die Kapitulation Japans erzwungen und das Leben US-amerikanischer Soldaten geschont worden sei. So argumentiert auch der bekannte deutsche Historiker Michael Stürmer, wenn er namens der Redaktion einer einflußreichen deutschen Zeitung behauptet, die USA hätten ohne den Einsatz der Atombomben mit einem Sieg über Japan erst im Jahre 1949(!) rechnen können, da Japan im August 1945 noch über starke Kräfte

² D. Bald, *Hiroshima*, 6. August 1945. Die nukleare Bedrohung, München 1999, S. 68.

³ Nach: J. Newhouse, *Krieg und Frieden im Atomzeitalter*, München 1990, S. 72.

auf dem chinesischen Festland verfügte. Geradezu abenteuerlich wird die Argumentation Stürmers, wenn er dem noch hinzufügt: „Was die Sowjets betrifft, so hatten sie mit der Unterwerfung ihres Machtbereichs bis zur Elbe genug zu tun und waren schwerlich in der Lage, in einem Blitzfeldzug Chinas Küstenprovinzen den Japanern abzunehmen. Den Sieg im Pazifik konnten sie den Amerikanern nicht schenken.“⁴ Offenbar weiß dieser *Historiker* Stürmer nicht, dass die Sowjetunion – in Erfüllung ihrer auf der Konferenz von Jalta übernommenen Verpflichtungen – Japan am 8. August 1945 den Krieg erklärte und einen Tag später gemeinsam mit der Chinesischen Volksbefreiungsarmee eine machtvolle Offensive gegen die in China und Korea dislozierten Hauptkräfte der japanischen Landstreitkräfte begann. Noch im gleichen Monat endete diese Offensive mit der völligen Zerschlagung der japanischen Streitkräfte in China, Nordkorea, Südsachalin und auf den Kurilen. Folgerichtig kapitulierte Japan am 2. September 1945 bedingungslos.

Es ist wohl nicht zufällig, dass dieser erhebliche Anteil der Sowjetunion am militärischen Sieg über Japan nicht nur von Michael Stürmer völlig ignoriert wird. Udo Sautter erwähnt in seiner mehr als 600 Seiten starken *Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika* zwar, dass US-Präsident Roosevelt beim Gipfeltreffen der Anti-Hitler-Koalition in Jalta nachdrücklich „auf einer festen sowjetischen Zusage, am Kampf gegen Japan teilzunehmen“, bestanden hatte. Dass und wie die Sowjetunion diese in Jalta übernommene Verpflichtung erfüllt hat, erwähnt er nicht. Dafür formuliert dieser *Historiker* nur den offenbar alle Fragen danach wegweisenden Satz: „Das sowjetische Versprechen, bis spätestens 8. August 1945 Truppen gegen Japan einzusetzen, war durch die Existenz der Atombombe inzwischen entwertet.“⁵

Die wirklichen Gründe für das historisch beispiellose Kriegsverbrechen von Hiroshima und Nagasaki zu kennen, ist unverändert wichtig. Denn bis heute scheiden sich an der Rechtfertigung oder Verurteilung der atomaren Auslöschung dieser beiden Städte diejenigen, die einen Nuklearkrieg prinzipiell für führbar halten, von denen, die ein derartiges Verbrechen ebenso prinzipiell ablehnen. Zugleich wird daran die Tragweite des Handelns einzelner politischer und militärischer Entscheidungsträger, und damit die Bedeutung des subjektiven Faktors Mensch im Zeitalter der Kernwaffen, deutlich.

Als US-Präsident Truman am 22. Juli 1945 von Potsdam aus – mit Zustimmung Churchills – den Einsatz der ersten Atombomben gegen Japan anwies, da ignorierte er nicht nur die Warnungen jener Wissenschaftler, die an der Entwicklung der Bombe beteiligt waren, sondern auch die Ablehnung des

⁴ Die Welt vom 20.03.2002.

⁵ U. Sautter, *Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika*, Stuttgart 1991, S. 425 f. u. S. 439.

Einsatzes dieser Bombe gegen Japan durch einen so hohen Militär wie General Dwight D. Eisenhower.⁶

Warum aber hat US-Präsident Truman, trotz der Bedenken des höchsten US-amerikanischen Militärs, diesen verbrecherischen Einsatzbefehl gegeben? Tatsächlich zielte die atomare Bombardierung Hiroshimas und Nagasakis viel weniger darauf, Japan zur Kapitulation zu zwingen, als darauf, den Weltherrschaftsanspruch der USA für die Nachkriegszeit – besonders der Sowjetunion gegenüber – deutlich zu machen. Wie sich der maßgebend am Bau der ersten Atombombe beteiligte Physiker Leo Szillard erinnerte, hatte der damalige US-Außenminister Byrnes bereits Anfang Juni 1945 wörtlich erklärt: „Wir brauchen die Bombe weniger um Japan zu besiegen, als darum in Europa ein leichteres Spiel mit Rußland zu haben.“⁷ Das heißt, es spricht alles für die Richtigkeit der Einschätzung Patrick Blacketts, der wenige Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu dem Schluss kam, „dass der Abwurf der Atombomben nicht so sehr der letzte Akt des zweiten Weltkrieges war als vielmehr eine der ersten größeren Operationen im Kalten diplomatischen Krieg gegen die Sowjetunion“.⁸

Oktober 1962 - Kubakrise

Nachdem die USA am 15. Oktober 1962 sowjetische Raketen auf Kuba entdeckt hatten, drohte die Auseinandersetzung zwischen beiden Supermächten zu einem Krieg zu eskalieren. Die Streitkräfte von NATO und Warschauer Vertrag wurden ebenso in erhöhte Gefechtsbereitschaft versetzt wie die Raketen der strategischen Kernwaffen der USA und der Sowjetunion, die damals noch mit flüssigem Treibstoff betrieben wurden, der wegen der Gefahr der Selbstentzündung nach kurzer Zeit immer wieder abgelassen und dann erneuert werden musste.

Als am Morgen des 27. Oktober 1962 ein US-Spionageflugzeug vom Typ U-2 über Kuba abgeschossen wurde, wollten die US-Militärs unverzüglich Kuba angreifen, was die Welt an den Rand einer thermonuklearen Katastrophe gebracht hätte. Diese Katastrophe konnte dadurch verhindert werden, dass Radio Moskau am Morgen des 28. Oktober 1962 im Klartext eine Botschaft Chruschtschows zur Beilegung der Kuba-Krise an John F. Kennedy sendete, die dieser akzeptierte. Sie wurde deshalb im Klartext über Radio gesendet, weil für ihre Chiffrierung nach sowjetischer Auffassung keine Zeit mehr war.

⁶ Siehe J. Newhouse, a.a.O., S. 75 f.

⁷ Nach: R. Crawshay-Williams, *Begegnungen mit Bertrand Russell*, Zürich 1974, S. 164.

⁸ P. M. S. Blackett, *Militärische und politische Folgen der Atomenergie*, Berlin 1949, S. 173.

So konnte diese gefährliche Krise 13 Tage nach ihrem Ausbruch friedlich beendet und die drohende thermonukleare Katastrophe abgewendet werden.

Entscheidend dafür, dass die Beilegung dieser durch den Abschuss der U-2 gefährlich zugespitzten Krise in nur wenigen Stunden, und damit rechtzeitig vor dem drohenden Angriff der USA auf Kuba, erreicht wurde, war das Handeln des in Washington tätigen sowjetischen Journalisten Georgi Bolschakow. Er war befreundet mit Robert Kennedy, dem Bruder des US-Präsidenten und war in dieser Situation sein persönlicher Ansprechpartner. Er war zugleich befreundet mit Chruschtschows Schwiegersohn Adshubai und hatte auch das persönliche Vertrauen Chruschtschows. Das ermöglichte ihm, die zur Abwendung des in dieser Krise unmittelbar drohenden Krieges zwischen den USA und der Sowjetunion notwendige unmittelbare Kommunikation zwischen John F. Kennedy und Nikita Chruschtschow herzustellen.⁹ Damit wurde es möglich, die Gefahr einer nuklearen Katastrophe rechtzeitig abzuwenden, den Frieden in der Karibik aufrechtzuerhalten und zugleich die Souveränität der Republik Kuba zu verteidigen.

Ein bemerkenswertes Beispiel der fortdauernden Auseinandersetzung mit dieser praktischen Abwendung der Gefahr eines nuklearen Omnizids ist die Tatsache, dass mehr als ein Vierteljahrhundert später, im Januar 1989, in Moskau ein dreiseitiges Symposium über die Kuba-Krise 1962 stattfand. Georgi Bolschakow schrieb darüber: „Ich wechselte einen Händedruck mit meinen alten Bekannten Robert McNamara, McGeorge Bundy, Pierre Salinger und Theodore Sorensen. Sie alle gehörten zur Umgebung von Präsident John F. Kennedy ... Zusammen mit Kollegen und Wissenschaftlern aus der UdSSR und der Republik Kuba sind sie nach Moskau gekommen, um jene Krise, die die Welt einst an den Rand einer thermonuklearen Katastrophe brachte, neu zu überdenken und aus dieser Krise Lehren zu ziehen.“ Zeitlos bedeutsamer Hauptgegenstand dieses Symposiums war „das Beispiel des hohen Verantwortungsbewußtseins, das Chruschtschow, Kennedy und Castro sowie andere Politiker, die an den Entscheidungen beteiligt waren, in jener dramatischen Zeit an den Tag legten“.¹⁰

Keine Zeit mehr für durchdachte Entscheidungen

Die durch keinen internationalen Vertrag verhinderte permanente technische Weiterentwicklung der Kernwaffen, ihrer Trägermittel und der sie abwehrenden Waffensysteme hat zwischen den mächtigsten Kernwaffenmächten zu

⁹ Nach: G. Bolschakow, Der heiße Draht. Wie der geheime Nachrichtenkanal zwischen John F. Kennedy und Nikita Chruschtschow funktionierte, in: Neue Zeit, Moskau 1989, Nr. 4, 5, 6.

¹⁰ G. Bolschakow, Das Symposium in Moskau, in: Neue Zeit, Moskau 1989, Nr. 6, S. 42.

einer Situation geführt, in der die letztlich als menschliche Individuen über Krieg und Frieden, und damit für oder gegen den nuklearen Omnizid, entscheidenden Subjekte faktisch keine Zeit mehr für wirklich durchdachte Entscheidungen haben.

Sehr überzeugend hat das der einstige Oberbefehlshaber der nuklearen Streitkräfte der USA, General Lee Butler, an Hand seiner Einblicke und Erfahrungen nachgewiesen. Als Oberbefehlshaber der nuklearen Streitkräfte der USA war er zugleich 36 Monate oberster Kernwaffenberater des Präsidenten. In dieser Eigenschaft nahm er jeden Monat an einer Übung teil, die unter dem Namen *Raketenbedrohungskonferenz* bekannt ist. Wie General Lee Butler im März 1999 auf einer Konferenz kanadischer Kernwaffengegner ausführte, begann jede dieser Übungen „buchstäblich ohne Ausnahme mit einem Szenario, das von einem Angriff auf die Vereinigten Staaten mit einem, mehreren, Dutzenden, dann Hunderten und schließlich Tausenden von Thermonuklearsprengköpfen ausging. War der Angriff ausgewertet und bewertet und standen angesichts der Situation genügend Informationen zur Verfügung, blieben dem Präsidenten maximal zwölf Minuten, um eine Entscheidung zu treffen. Zwölf Minuten für eine Entscheidung, die – zusammen mit der Entscheidung eines Menschen auf der anderen Seite der Erdkugel, der vielleicht einen solchen Angriff angeordnet hatte – nicht nur das Überleben des Kriegsgegners aufs Spiel setzte, sondern das Schicksal der gesamten Menschheit mit der Aussicht, dass innerhalb weniger Stunden etwa 20.000 Thermonuklearwaffen explodieren. Der Plan definierte 12.500 Ziele in den Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes, die von ca. 10.000 Kernwaffen angegriffen werden sollten, im schlimmsten Fall – und davon gingen wir immer aus – alle gleichzeitig.“¹¹

Die Auseinandersetzung mit diesen Erfahrungen führte Lee Butler noch in seiner Dienststellung als Oberbefehlshaber der nuklearen Streitkräfte der USA zu der Erkenntnis: „Wir sind im Kalten Krieg dem atomaren Holocaust nur durch eine Mischung aus Sachverstand, Glück und göttlicher Fügung entgangen, und ich befürchte, das letztere hatte den größten Anteil.“ Persönlich führte ihn das zu der Frage: „Was sollte ich mit dem monströsen nuklearen Kriegsplan anfangen? Ich kam zu dem einfachen Schluss, dass gerade ich die Pflicht habe, den Anfang vom Ende des nuklearen Zeitalters mit einzuleiten.“ Als Oberbefehlshaber der US-Nuklearstreitkräfte erreichte er dazu beim US-Präsidenten die Zustimmung zu konkreten Schritten der Reduzierung der Einsatzstufen dieser Streitkräfte: „Ich drängte auf die beschleunigte Unterzeichnung des START-1-Abkommens und darauf, die Minuteman-2-

¹¹L. Butler, Zwölf Minuten, um über das Schicksal der Menschheit zu entscheiden, in: Frankfurter Rundschau vom 01.09.1999.

Raketen schneller außer Dienst zu stellen. Ich sprach die Empfehlung aus, zum ersten Mal seit 30 Jahren Bomber aus der Alarmbereitschaft zu nehmen. Der Präsident genehmigte alle meine Vorschläge ... Ich setzte 24 meiner 36 Basen auf die Schließungsliste. Ich reduzierte die Anzahl der Ziele im nuklearen Kriegsplan um 75 %, und schließlich empfahl ich die Auflösung des strategischen Luftkommandos. Auch dieser Empfehlung stimmte der Präsident zu. Ich holte die Fahne dieses Kommandos am 1. Juli 1992 ein“.¹²

1994 ging General Lee Butler in Pension. Fünf Jahre später konstatiert er „mit wachsender Besorgnis“, „mit Bestürzung“ und schließlich „mit Entsetzen“ eine „schleichende Neubegründung der Kernwaffen“ und damit ein Scheitern auch seiner Bemühungen um die Reduzierung der Gefahr eines nuklearen Omnizids. Denn „jetzt befinden wir uns in der kaum vorstellbaren Situation wieder, dass die Kernwaffenpolitik der Vereinigten Staaten fast identisch ist mit der von 1984 unter Ronald Reagan; dass unsere Streitkräfte mit ihrer ständigen Einsatzbereitschaft effektiv dieselben sind wie auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges“.¹³

Nuklearkriegspläne heute

Unbeeindruckt vom völkerrechtlichen Verbot des Einsatzes, ja selbst der Androhung des Einsatzes von Kernwaffen, verfolgen die USA und ihre Verbündeten nach wie vor eine Strategie, die – wie Samir Amin treffend eingeschätzt hat – „hinnehmen lassen soll, dass der Westen die Mittel behält, die anderen Völker mit dem Genozid zu bedrohen, ohne selbst in Gefahr zu geraten“.¹⁴ Sie haben dazu in ihre Strategie so genannte Entwaffnungskriege aufgenommen.

So geht die Strategie der Bush-Administration nach Jonathan Schell „eindeutig davon aus, dass sich die Verbreitung von Atomwaffen nicht durch Verträge, sondern am besten durch einen amerikanischen Angriff verhindern lässt“.¹⁵

Mit welcher skrupelloser, ja verbrecherischer Einstellung die USA und deren Verbündete ihren Monopolanspruch auf Kernwaffen durchzusetzen bestrebt sind, hat der US-Stratege Richard Perle im November 2003 auf einem gesellschaftspolitischen Forum des Bundesverbandes deutscher Banken so demonstriert: „Präemptive Handlungen und Strategien stellen eine rechtzeiti-

¹²Ebenda.

¹³Ebenda.

¹⁴S. Amin, Das Reich des Chaos, Hamburg 1992, S. 108.

¹⁵Nach: Le Monde diplomatique, deutsche Ausgabe, Oktober 2003, S. 16.

ge Reaktion auf Bedrohungen dar. ... 1981 haben die Israelis etwas getan, wofür wir ihnen dankbar sein sollten: Sie haben einen Nuklearreaktor im Irak zerstört ... Der Zeitpunkt dieses Präventivschlages hatte nichts mit einer unmittelbar bevorstehenden Attacke auf Israel zu tun, sondern mit Umständen, welche die Israelis nicht in die Lage versetzt hätten, vernünftige Optionen zu wählen. Das ist eine vernünftige Denkweise, wenn es um Präventivstrategien geht.“¹⁶

Im September 2007 zerstörten israelische Bomber in Syrien einen Gebäudekomplex, in dem angeblich Plutonium für Nuklearwaffen hergestellt werden sollte. Befragt, wie er diesen Aggressionsakt einschätze, erklärte der Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Agentur (IAEA) Mohammed ElBaradei: „Wir könnten natürlich alles über den Haufen werfen, was wir nach dem Zweiten Weltkrieg an kollektiven Sicherheitssystemen aufgebaut haben und sagen: Lasst uns zurück ins Mittelalter gehen und den Knüppel herausholen ... Mich entsetzt, wie wenig Protest die Militäraktion in Syrien ausgelöst hat.“¹⁷

Erstaunlich wenig Aufmerksamkeit hat auch eine 152 Seiten starke Studie mit dem Titel *Towards a Grand Strategy in an uncertain World* erregt, die gegenwärtig in Brüssel und unter den Regierungen der EU-Staaten kursiert. Sie wurde von fünf hoch dekorierten früheren NATO-Generälen – unter ihnen der deutsche General Klaus Naumann – verfasst. In ihr wird mit folgenden Behauptungen ganz unverblümt sogar der Ersteinsatz von Kernwaffen gefordert: „Der Ersteinsatz von Atomwaffen muss im Köcher der Eskalation bleiben als das ultimative Instrument, um den Gebrauch von Massenvernichtungswaffen zu verhindern ... Bedauerlicherweise sind Nuklearwaffen – und mit ihnen die Option auf den Erstschatz – unentbehrlich, weil es einfach keine realistische Aussicht auf eine atomwaffenfreie Welt gibt.“¹⁸ Laut dem Londoner *The Guardian* vom 22.01.2008 erklärte der Generaldirektor für außenpolitische Angelegenheiten der EU und Büroleiter Javier Solanas zu dieser *Grand Strategy*-Konzeption: „Vielleicht werden wir eher als alle anderen Atomwaffen einsetzen, aber ich würde mich hüten, das laut zu sagen.“¹⁹

¹⁶R. Perle, Die amerikanische Sicht der Welt, in: Bundesverband deutscher Banken (Hrsg.), Atlantische und europäische Brüche. Vor einer neuen Weltordnung? Berlin 2003, S. 32.

¹⁷Der Spiegel, Nr. 24/2008, S. 126.

¹⁸Nach: *guernica*, Linz, Nr. 01/2008, S. 3.

¹⁹Nach: Ebenda.

Für eine Welt ohne Kernwaffen

Geleitet von der Erkenntnis, dass derartige Nuklearkriegsstrategien angesichts der vorhandenen Kernwaffenarsenale das Überleben der Menschheit unmittelbar gefährden, haben in den letzten Jahren immer mehr verantwortungsbewusste Wissenschaftler und Politiker gefordert, mit der Abrüstung der Kernwaffen zu beginnen, ehe es zu spät ist.

Mehr als 1.800 US-amerikanische Physiker kritisierten 2006 die von Präsident Bush verkündete neue US-Nuklearkriegsstrategie und bezeichneten es als „äußerst verantwortungslos, Handlungen auch nur in Betracht zu ziehen, die das Leben auf dem Planeten allmählich weitgehend zerstören würden“.²⁰ Am 4. Januar 2007 veröffentlichte das Wallstreet Journal unter der Überschrift *A World Free of Nuclear Weapons* einen offenen Brief namhafter US-amerikanischer Politiker an Präsident Bush. Darin betonten sie, „dass sich die Welt am Abgrund zu einem neuen, gefährlichen Nuklearzeitalter befindet“ und dass es im Interesse des Überlebens der Menschheit dringend sei, „der Vision von einer atomwaffenfreien Welt neue Geltung zu verschaffen und praktische Maßnahmen zur Erreichung dieses Zieles einzuleiten“, wobei die USA mit gutem Beispiel vorangehen müssten.²¹ Diese namhaften Politiker waren George P. Shultz, William J. Perry, Henry A. Kissinger und Sam Nunn. Da Präsident Bush nicht reagierte, veröffentlichten diese Politiker ein Jahr später, am 15. Januar 2008, im Wallstreet Journal einen zweiten offenen Brief unter der Überschrift *Towards a Nuclear-Free World*. Auch auf den reagierte George W. Bush nicht. Aber auch in Deutschland blieb diese Initiative, wie Egon Bahr kritisch feststellte, ohne amtliches Echo, weshalb er nun darauf setzt, dass der neue US-Präsident Obama das Ziel einer Welt ohne Kernwaffen angehen könnte. Immerhin hatte sich Obama in seiner Berliner Rede am 24. Juni 2008 zu einer Welt ohne Atomwaffen bekannt.

Zwei Drittel der UNO-Mitglieder gehören zu den Blockfreien, die 55 Prozent der Weltbevölkerung vertreten. Am 31. Juli 2008 beschlossen die in Teheran tagenden Außenminister der Blockfreien eine Grundsatzerklärung, in der sie sich für das Recht des Iran auf friedliche Nutzung der Atomenergie aussprachen und – erstmals seit Gründung der Blockfreien 1955 – die weltweite Abschaffung aller Atomwaffen forderten. Damit machten sie zugleich klar, dass endlich Schluss mit der imperialistischen Medienpraxis gemacht werden muss, die die Weltöffentlichkeit dadurch zielgerichtet desorientiert, dass sie den Iran, Nordkorea oder einfach *die Terroristen* als *die* Verursacher der Gefahr einer drohenden nuklearen Katastrophe hinstellt, die ständige Einsatzbereit-

²⁰Nach: Publik-Forum, Oberursel 2006, Nr. 10, S. 13.

²¹Nach: PAX REPORT, Berlin, 01/2007, S. 10 f.

schaft ihrer eigenen Sprengkopf- und Raketenarsenale und die Planung ihres Ersteinsatzes in den Kriegsstrategien von USA, NATO und Israel aber bestenfalls als Randthemen behandelt.

Es ist sehr dringend geworden, die Weltöffentlichkeit zu alarmieren, denn die Gefahr eines Nuklearkrieges ist in den letzten Jahren permanent gewachsen, ohne dass das von den Völkern hinreichend wahrgenommen wurde. Erneut wurde Bertolt Brecht bestätigt, der im November 1952 feststellte: „Das Gedächtnis der Menschheit für erduldetes Leiden ist erstaunlich kurz. Ihre Vorstellungsgabe für kommende Leiden ist fast noch geringer.“ Die schiere Unvorstellbarkeit der Auslöschung der Menschheit durch Kernwaffen führt immer wieder zu einem Bewußtseinszustand, den Günther Anders unsere „Apokalypse-Blindheit“ genannt hat. Sie gilt es immer wieder zu überwinden, denn thermonukleare Kriege werden – wie Brecht warnte – ohne jeden Zweifel kommen, „wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten, nicht die Hände zerschlagen werden“.²²

Autor: Prof. Dr. Dr. Ernst Voit,

Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e.V.

²²B. Brecht, Zum Völkerkongress für den Frieden, Wien 1952.

Horst-Dieter Struening

Zum Phänomen der Verdrängung der Atomkriegsgefahr. Formen, Ursachen und Gründe

Bedrohung der Menschen durch ihre *Apokalypse-Blindheit*. Problemformulierung

In seinem viel beachteten Buch *Die Atombombe und die Zukunft des Menschen* aus dem Jahre 1958 betrachtete Karl Jaspers angesichts eines möglichen Nuklearkrieges nicht nur den Einzelnen, sondern vor allem die gesamte Menschheit in Ihrer Existenz bedroht. Als der Leiter der UN-Atominspektoren, Mohammed ElBaradei Anfang 2005 vom Spiegel gefragt wurde, wann die Atomkriegsgefahr am größten gewesen sei, antwortete er lakonisch „gerade jetzt“¹. Worauf es den Spiegel-Journalisten die Sprache verschlug.

Trotz der verstärkten atomaren Bedrohung mit der möglichen Menschheitsauslöschung ist der öffentlich Widerstand dagegen in der Welt alles in allem verhalten geblieben. Darüber hinaus ist die nukleare Gefahr, wie auch andere globale Gefahren, weitgehend aus dem einzelnen und dem öffentlichen Bewusstsein verdrängt worden Auch K. Jaspers hat in dem besagten Buch auf die betreffende Abwehr- und Verdrängungserscheinung aufmerksam gemacht, wenn er ausführt: „Wir beschreiben den gegenwärtigen (Welt-) Zustand, der in dem Sprechen (über die Atombombe), als ob man wüsste, doch anmutet wie ein Nichtwissenwollen. Man lässt es (das Ende der Menschheit) stehen, als ob es einen nicht angehe, da es ja in diesem Augenblick, hier und jetzt, noch nicht akut ist. Wie der Kranke sein Karzinom vergisst, der Gesunde, dass er sterben wird, der Bankrotteur, dass kein Ausweg mehr ist, verhalten wir uns so auch gegenüber der Atombombe und machen, den Horizont unseres Daseins verdeckend, gedankenlos noch eine Weile fort?“

Und Jaspers antwortet: „Man möchte von der Atomgefahr am liebsten nichts wissen: Man wehrt ab: unter der Drohung der totalen Katastrophe lasse sich keine Politik und keine Planung machen. Wir wollen leben, nicht sterben. Trete aber jenes Unheil ein, so sei alles aus. Es habe keinen Sinn, daran zu denken. Es ist als ob diese Sache zu denen gehört, über die man anstandshalber schweigt. Eine noch keineswegs durchdachte reale Möglichkeit zu behandeln,

¹ H.-E. Richter, Die IPPNW und das Vorbild Nelson Mandela, in: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/bewegung/ippnw2005-richter.html>.

als ob sie verschwinde, wenn man sie ausschlösse, ist wie das Verhalten des Vogels Strauß.“²

Günther Anders hat das Phänomen beeinträchtigter Wahrnehmungsfähigkeiten seitens menschlicher Subjekte *Apokalypseblindheit* genannt und sie auch in noch gesteigerter Form als *Apokalypsestumpfheit* bei solchen Menschen identifiziert, die er eindringlich auf den möglichen Holozid der Menschheit aufmerksam gemacht hat und die aber dennoch in ihrem Zustand psychisch-moralischer Gefühllosigkeit verharren. Die Warnungen von professioneller und kompetenter Seite sind wie Kassandras berechtigte Rufe bei ihren Landsleuten auf Abwehr und Unglauben gestoßen. Diese und ähnliche Verdrängungen der atomaren Bedrohung bedürfen hinsichtlich ihrer unterschiedlichen Formen und komplexen Ursachen weiterer Detail- und Feinanalysen, und auch eine systematische Zusammenschau des Besonderen sowie der Einzelphänomene.

Nukleare Bedrohung verbleibt weiterhin Forschungs- und Diskussionsdesiderat. Zu unserem Thema liegen uns insbesondere psychologische bzw. psychoanalytische, ökonomisch-gesellschaftswissenschaftliche sowie philosophische Untersuchungen und Argumentationen von Friedens- und Konfliktforschern, Philosophen und Kulturkritikern als Referenzpunkt für unseren Vortrag zum Verdrängungstopos der Atomkriegsgefahr vor. Dabei sind die von uns ausgesuchten Vorstellungen und Gedanken unserer Gewährsleute nicht fernab von den Bedürfnissen konkreter Praxis der Friedensbewegung im Elfenbeinturm entstanden. Was haben uns nun – auf der Reflexionsebene konkreter Allgemeinheit – die beiden Autoren Wolfgang Sternstein und Horst-Eberhard Richter zum Thema zu sagen?

Zur Verdrängungsproblematik der nuklearen Bedrohung bei W. Sternstein. Fluchtwege im Atomzeitalter

Der in Stuttgart lebende Friedens- und Konfliktforscher Wolfgang Sternstein erörtert die Verdrängungsproblematik, indem er sie mit mehreren Fragen konfrontiert.³

Argumentum ad hominem

Zunächst ein argumentum ad hominem, das sich auf die Kompetenz und das Urteilsvermögen bedeutender Persönlichkeiten bezieht. Werden die Warnungen betreffs der atomaren Bedrohung nicht ernst genommen, weil es den

² W. Sternstein, Fluchtwege im Atomzeitalter, in: <http://www.lebenhaus-alb.de/magazin/003310.html>.

Warnern an Glaubwürdigkeit mangelt? Dagegen dürfte der Tatbestand sprechen, dass darunter solche bedeutende Wissenschaftler oder Philosophen sind, wie zum Beispiel Albert Einstein, Albert Schweitzer, Bertrand Russell, Carl Friedrich von Weizsäcker, Robert Jungk und Karl Jaspers. Darüber hinaus existieren unter den Politikern und Militärs Leute, die überzeugend gegen die Gefahr eines atomaren Holozids argumentiert haben, zum Beispiel der ehemalige Generalsekretär der KPdSU, Michael Gorbatschow, der General George Lee Butler, seines Zeichens Commander in Chief der USA-Atomstreitmacht unter Präsident Georg Bush senior sowie 61 Admiräle und Generäle aus Russland, den USA und anderen Staaten. An ihrer Kompetenz und ihrem Urteilsvermögen zu zweifeln, wäre nicht rechtens, wenn auch ein möglicher Irrtum bei ihnen niemals ausgeschlossen werden kann.

Informationsflut und Sättigungseffekt

Es ist zu bezweifeln, dass die Warnungen vor dem nuklearen Holozid ihre Adressaten erreichen. Die Massenmedien mit Einschluss des Internet produzieren eine Flut von Informationen, worin die Warnungen untergehen und bestenfalls einige wenige durch ihre Einstellung und ihre Lebensweise aufnahmebereite Menschen erreichen. Nehmen wir andererseits an, dass die Warnungen größere Teile unserer Gesellschaft erreichten, wie das in den frühen achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts der Fall war, als die Massenmedien in größerem Maßstabe die Warnungen der Experten aufgriffen und die Existenzbedrohung der Menschen in Mitteleuropa durch einen etwaigen Nuklearkrieg zwischen den beiden Supermächten fokussierten. Dadurch schufen sie in weiten Kreisen der Bevölkerung ein Bewusstsein der Betroffenheit und aktivierten zugleich viele zur Teilnahme an Demonstrationen oder in geringerer Zahl an *gewaltfreien Aktionen*. Eine solche Massenbewegung könnte – trotz mancher Schwächen und Konflikte im Einzelnen – ein Paradigma für eine globale Massenbewegung mit dem Ziel der völligen Abschaffung der Nuklearwaffen sein. Notwendige Voraussetzung wäre aber: Die Todesgefahr, in der wir alle und die Menschheit schweben, müsste zum Bewusstsein gebracht werden. Dem stehen allerdings mächtige Interessen in der Wirtschaft, der Gesellschaft und der Politik entgegen. Selbst wenn es gelänge, angesichts dieser Widerstände ein solches Bewusstsein zu erzeugen, ist es nicht ohne weiteres nachhaltig. Vielmehr besteht die Gefahr der Übersättigung der Öffentlichkeit, die teils auch eine Folge mancher hysterischen Übertreibung auf Seiten der Warner in der Friedensbewegung Mitte der achtziger Jahre sein könnte.

Erklärungsansatz für die Verdrängung der atomaren Bedrohung.

Prioritätenliste bei der Wahrnehmung von drohenden Gefahren

Angesichts der vielen Anforderungen des Lebens an uns – ich nenne nur die Sorge um die Familie, den Arbeitsplatz, das Karriere- und Laufbahnstreben, das alltägliche Brot, die Erziehung der Kinder, die innerfamiliären Konflikte, Verwandtschaft, Freunde, Bekanntschaft sowie der legitime Wunsch nach Erholung und Unterhaltung – stellen wir bewusst oder unbewusst eine Prioritätenliste auf. Darin rangieren die uns unmittelbar betreffenden Anforderungen ganz oben und die zeitlich und räumlich entfernteren Anforderungen weiter unten. Was nun die Bedrohung der Existenz der Menschheit durch Nuklearwaffen, durch eine Ökokatastrophe, durch die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, den Herrschenden und Machtlosen in der Welt anbelangt, so befinden sich all diese Bedrohungen auf der Prioritätenliste des Einzelnen, wenn überhaupt, weit unten. Insofern wir also voll in Anspruch genommen werden durch Beruf, Familie und den der Wiederherstellung unserer Arbeitskraft dienenden Freizeitaktivitäten, fühlen wir uns nicht primär zuständig für das Problem der atomaren Bedrohung. Vielleicht sagen wir nicht ohne Recht, wir könnten uns nicht um alles kümmern, weil dies eigentlich die Aufgabe der Politiker sei.

Die Übermacht des militärisch-industriellen Komplexes

Angesichts der überwältigenden Übermacht des militärisch-industriellen Komplexes und seines Einflusses auf Politik, Gesellschaft, Massenmedien und Wissenschaft fühlen wir uns als Einzelner und selbst als Gruppe machtlos, dem durch diese Institutionen initiierten Verdrängungsprozess der atomaren Bedrohung Paroli zu bieten. Im Unterschied zu den herrschenden Institutionen hat die Friedensbewegung in der Regel weder das Geld noch den notwendigen langen Atem, um den Konflikt zur Beseitigung der nuklearen Bedrohung durchzustehen. Wenn es stimmt, dass Atomwaffen dazu notwendig sind, um das Eigentum der reichen Nationen gegenüber den berechtigten Ansprüchen der armen und unterentwickelten Völker, denen es aufgrund der Ausbeutungsmechanismen der Weltwirtschaft genommen worden ist, zu verteidigen, dann kann die Forderung nach Beseitigung der Atomwaffen und sonstiger Massenvernichtungswaffen nur glaubwürdig erhoben werden, wenn sie verbunden ist, mit der Bereitschaft, auf Reichtum, Macht und Privilegien zugunsten der Habenichtse zu verzichten.

Im Atomzeitalter ist Schweigen Gold

Im Atomzeitalter ist es nicht unbekannt, dass Widerspruch und Widerstand gegen Nuklearwaffen mit beträchtlichen persönlichen Risiken verbunden sind. Darum ziehen es nicht wenige vor, lieber zu schweigen als sich der

Gefahr auszusetzen, benachteiligt, verfolgt oder angefeindet zu werden. Wer als Lehrer, Dozent, Journalist, Künstler, Schriftsteller oder Geistlicher, als Wissenschaftler, Arzt oder Anwalt die atomare Gefahr thematisiert und zum Widerstand auffordert, der dürfte zum Stein des Anstoßes werden, der verliert Patienten oder Klienten, wird von Vorgesetzten unter Druck gesetzt, wird gesellschaftlich isoliert, vielleicht auch beruflich ruiniert.

Zur Verdrängungsproblematik der nuklearen Bedrohung bei H.-E. Richter

In seinem Eröffnungsreferat zum Berliner Jahrestreffen des IPPNW im März 2005, das unter dem Motto *Von Hiroshima und Nagasaki ins neue nukleare Zeitalter* stand, gab der Friedensforscher und Psychoanalytiker H.-E. Richter⁴ seine „Beunruhigung“ darüber kund, dass die Konzentration auf das Thema „Atomwaffen“ in der Friedensbewegung allgemein nachgelassen habe. Es sei spürbar, dass nicht wenige in der Friedensbewegung die Forderung nach atomarer Abrüstung, zumindest die nach der Beseitigung dieser Waffen aus der BRD, aber auch das Thema der Nuklearpolitik der USA sowie ihres Bruches des Atom-Sperr-Vertrages für eine bloße „Pflichtübung“ halten.⁵ Nun ist es verfehlt Liebeshmühe, sich über solche Resignation zu entrüsten, denn keine Verdrängung – und darum handelt es sich hier zweifellos – verschwindet dadurch, dass man sie für schädlich erklärt.

Phänomen der Umkehrung und Identifikation mit dem Aggressor

Welchen Erklärungsansatz hat nun H.-E. Richter für den offensichtlichen Sachverhalt, dass in der Gegenwart die nukleare Bedrohung nicht mehr als so groß wahrgenommen wird, wenngleich die Gefahr wahrscheinlich sich gar nicht verringert hat. Bei der Analyse der nuklearen Bedrohung benennt Richter das *Phänomen der Umkehrung*. Das heißt der Besitz von Nuklearwaffen wird heute paradoxerweise als großer Angstschutz wahrgenommen. Der eigene Besitz von Atomwaffen oder unser Schutz durch eine Supermacht wird als Garant für die eigene Friedensunfähigkeit verdreht. Wenn die Menschen den Glauben an ihre eigene Versöhnungskraft verloren haben, dann lassen sie sich einreden, dass Atomwaffen gleichsam wie Wachhunde fungieren. Dies ist jedoch ein Selbstbetrug; denn das eigentliche Ziel von Nuklearwaffen dürfte nur in Zerstörung und im Völkermord, als worst case in der Auslöschung der ganzen Menschheit liegen. Der Wunsch, die Atomwaffen als Friedenswächter

⁴ H.-E. Richter, a.a.O., S. 2 f.

⁵ H.-E. Richter, Über die Angst vor dem Atomkrieg, früher und heute, in: <http://www.atomwaffenfrei.de/handsup/aktionsberichte/index.html?expand=257&cHash=fcf3feb660>, S. 1.

zu sehen, dürfte nach Richter bei der Verdrängung der atomaren Bedrohungsangst geholfen haben.

Diese Form der Verdrängung geschieht ja immer wieder, um unser inneres Gleichgewicht zu stabilisieren. Dabei wird die objektive Realität zugunsten der inneren Bedürfnisse verfälscht, weil Mann oder Frau es nicht aushalten, sich in einer bedrohlichen Wirklichkeit dauernd ängstigen zu müssen. Sollte es gelingen, das Bedrohungsangst Erregende zu bagatellisieren oder als Besitz zu empfinden, dann fühlen Mann oder Frau sich wieder wohler. Wenn das Bedrohende in das Beschützende verkehrt wird und die Nuklearwaffen der eigenen Seite zu guten Wächtern hochstilisiert werden, die durch ihre abschreckende Wirkung das Böse der anderen Seite angeblich abwehren, so liegt im Horizont der Psychoanalyse der Mechanismus der Identifikation mit dem Aggressor vor. Mann oder Frau übernehmen die Bedrohung, vor der er oder sie sich ängstigen, in die eigene Verfügungsgewalt und glauben, sich dadurch gegen die persönliche Friedensunfähigkeit versichern zu können.

Faktoren für die Förderung der Verleugnung der Atomkriegsdrohung

In seiner 1984 in Reinbek, Hamburg veröffentlichten Schrift *Zur Psychologie des Friedens* diskutiert H.-E. Richter unter anderem neun weitere Faktoren, welche aufgrund tief verwurzelter unbewusster Impulse und Motive die Verleugnung der Atomkriegsdrohung fördern: Unvorstellbarkeit; beschwichtigende Vorsorge-Aktivitäten; Gewöhnung; Glauben an die Ohnmacht der Irrationalität; *Stecknadelkopf-Denken*; Horizontverengung durch verinnerlichte Rollenzwänge; Angstverschiebung; Autoritätsgläubigkeit und stereotype Identifizierungen.⁶ Sich mit diesen Parametern auseinander zu setzen, könnte für Richter zugleich bedeuten, ihre Wirkung zu mindern.

Die Unvorstellbarkeit der modernen atomaren Massenvernichtungswaffen

Die Wirksamkeit der modernen Massenvernichtungswaffen, einschließlich der nuklearen Waffen, erscheint so gewaltig, dass Mann oder Frau sie sich schwerlich noch vorstellen können oder dass sie die etwaige zustande kommende Vorstellung nicht auszuhalten vermöchten. Der englische Psychologe N. Humphrey illustriert diesen Faktor an dem Verhalten seiner eigenen Person: „Die Bombe, die auf Hiroshima abgeworfen wurde, tötete 140.000 Personen. Sie enthielt ungefähr 25 Gramm Uran; das würde einen Cricketball füllen. 140.000 Menschen, das ist ungefähr die Bevölkerung der Stadt Cambridge. Beziehung herstellen zwischen einem Cricketball und dem Tode aller Bewohner von Cambridge. Ich kann mir keine 140.000 Leichen vorstel-

⁶ Siehe H.-E. Richter, *Zur Psychologie des Friedens*. Reinbek, Hamburg 1984, S. 100-113.

len, und noch weniger kann ich mit jedem einzelnen Menschen, der da starb, Mitleid empfinden. Und wenn jemand mir erzählt ..., dass ein Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und Russland einen Zweiten Weltkrieg *pro Sekunde* bedeuten würde und dass auf England Bomben abgeworfen würden, die 5.000 Hiroshima-Bomben entsprächen, setzt mein Vorstellungsvermögen aus. Es ist nicht so, dass ich den Gedanken nicht ertragen kann, ich kann den Gedanken von 5.000 Hiroshima-Bomben nicht einmal denken. 5.000 mal 140.000 ergibt 700 Millionen. 700 Millionen Tote bei einer Bevölkerung von 50 Millionen. Da ist irgendetwas schief gelaufen. Jeder wird zehn oder zwanzig Mal getötet ...“⁷

Beschwichtigende Vorsorge-Aktivitäten

Zur Verdrängung und Leugnung trägt auch zum anderen die Bereitschaft bei, uns selbst bei apokalyptisch dimensionierten Gefahren einreden zu lassen, sie sei in Wirklichkeit gut zu managen. Voraussetzung dazu sei allerdings, Mann oder Frau hätten schon beizeiten die richtigen Vorsorgemaßnahmen getroffen. Diese beziehen sich auf so genannte Schutzprogramme. Dabei wollen staatliche und halbstaatliche Verwaltungen und die nach Höchstgewinn strebende Industrie den Bürgern weismachen, die meisten könnten einen Atomkrieg heil überleben. Dies würde genau dann der Fall sein, wenn für eine planmäßige Evakuierung der städtischen Bewohner gesorgt, genügend Schutzbunker gebaut und darüber hinaus perfekt ausgerüstete medizinische Dienste für den Ernstfall gründlich geschult worden wären.

Unvergessen sind in diesem Zusammenhang die fürsorglichen Bemühungen des ersten Kanzlers der BRD, der beschwichtigend erklärte, die Nuklearwaffen seien im Grunde nichts anderes als eine weiterentwickelte Artillerie. Bedenklich an den *Zivilschutz*-Programmen ist ein Zwiefaches: Zum einen wird die atomare Bedrohung banalisiert und heruntergespielt, und zum anderen lässt man die Bevölkerung sich in der trügerischen Hoffnung wiegen, in den großen Randgebieten atomarer Zerstörung könnten die Überlebenschancen der Bevölkerung durch Schutzräume, die in Friedenszeiten oder am *day after* als Trimm-Dich-, Hobbyraum oder Kinderspielzimmer multifunktional genutzt werden könnten, erheblich verbessert werden.

Zugleich wird damit der *psychischen Militarisierung* Vorschub geleistet. Nolens volens fördern die Verantwortlichen den Gedanken, dass der Ernstfall, auf den man sich auf unterschiedlichste Weise eingerichtet habe, eintreten kann. Da es aber sinnlos wäre, aufwendigste Maßnahmen zu treffen für einen nicht

⁷ N. Humphrey, Vier Minuten vor Mitternacht, Befreiung, Nr. 24 u. 25/1982, in: H.-E. Richter, ebenda, S. 101 f.

zu erwartenden Fall, rechnen die Verantwortlichen mit seiner Möglichkeit umso mehr, je intensiver man sich für ihn vorbereitet.

Gewöhnung

Der US-amerikanische Psychiater Jerome D. Frank gibt als weiteres Verdrängungsmittel den Faktor der Gewöhnung an.⁸ Dass wir seit mehreren Dekaden beständig unter der Nuklearbedrohung leben, ohne dass etwas geschehen wäre, kann zur Abstumpfung führen. So erscheint die Abschreckung gleichsam wie ein stets wirksames Medikament, dessen Wirksamkeit zu bestreiten wenig wahrscheinlich sei. Der Gewöhnungsfaktor lässt außer Acht, dass die Bedrohung nicht konstant bleibt. Durch das Anwachsen der immer gefährlicheren Atomwaffensysteme und die Verkürzung der Vorwarn- und Reaktionszeiten der Nuklearraketen wächst die Bedrohung ständig.

Glauben an die Ohnmacht der Irrationalität

Der vierte Faktor betrifft den Glauben an die Ohnmacht der Irrationalität. Nach Richter existiert ein weit verbreiteter naiver Glaube, der besagt, dass ein Geschehnis nicht passieren könnte, weil es zu unvernünftig, einfach irrational wäre. Danach erscheint es total widersinnig und darum unmöglich, die hochgestapelten Overkill-Arsenale der Atomwaffen zu gebrauchen. Gegen diese einfältige Erwartung, die Wirklichkeit könne niemals ganz und gar unvernünftig werden, argumentiert der realistische Pragmatiker E. Tugendhat. Danach ist die politische Wirklichkeit der Theorie der Abschreckung zutiefst irrational, das heißt sie widerspricht den wohlverstandenen kollektiven Interessen der Menschheit. Denn sie führt früher oder später unweigerlich zum Untergang des menschlichen Geschlechts.⁹

Das Stecknadelkopf-Denken

Ein weiterer Faktor, der die Verdrängung der Nuklearkriegsdrohung befördert, betrifft das so genannte Stecknadelkopf-Denken, dem eine Konzeption von Atomkrieg zugrunde liegt, die gar nicht mehr auf die Menschen mit ihren Hoffnungen und Bedürfnissen referiert. Der gleichsam sich auf einer Tribüne befindliche Betrachter ist fixiert auf Waffensysteme, über die ständig neue Zahlen und technische Modernisierungen veröffentlicht werden. Dabei gewinnt er den Eindruck, als ob die Raketen und Flugzeuge im Ernstfall den Konflikt unter sich austrügen. Ein solcher Krieg ist das Paradebeispiel von *Verdinglichung*. Eliminiert wird dabei die Erkenntnis, dass es sich bei dem Gegner um ein konkretes Volk mit einer Geschichte, seinen Hoffnungen,

⁸ Siehe J. D. Frank, *Breaking the Thought Barriere*, *Psychological Challenges of the Nuclear Age*, *Psychiatry* 23/1960, S. 245.

⁹ Siehe E. Tugendhat, *Nachdenken über die Atomkriegsgefahr und warum man sie nicht sieht*, Berlin, 2. Aufl., 1988, S. 6.

Motiven und Taten handelt. Menschen kommen bei diesem militärischen Schlagabtausch nicht vor. Es ist eine seltsame Fiktion, dass man nie über Menschen in militärischen Einrichtungen und Industrieanlagen spricht. In den Büros von NATO-Militärs kann man verschiedenfarbige in die Landkarte von Russland gepiekte Stecknadeln sehen, die Waffen unterschiedlicher Stärke und Verluste des Gegners repräsentieren. Dem großen Publikum, das weder eine genaue Vorstellung davon hat, wie nahe der Atomkrieg ist, noch weiß, was es davon zu erwarten hat, wird durch unsere Medien insbesondere das Stecknadelkopf-Bild der Militärtechnokratie vermittelt.

Horizontverengung durch verinnerlichte Rollenzwänge

Während Kinder und Jugendliche noch ganzheitlich denken können, gehen Erwachsene dieser Ganzheitlichkeit verlustig. Jede der Rollen, die Mann oder Frau spielen muss, reißt ein Stück Ich an sich, wobei schließlich die Person nur noch ein Bündel von Teilidentitäten ist, die zwischen dem einen oder anderen Rollen-Selbst hin- und herschwanken. Dabei löst sich der Charakter, die Identität in dem auf, was gegenwärtig als homo flexibilis, als tragendes Menschenbild des Neoliberalismus, gepriesen wird. Da hinter dem Rollenspielen nichts weiter als ein Repertoire anderer Rollen steckt, meinen wir oft nur in den Partialdimensionen einer Interessenrichtung oder eines Berufes denken zu müssen. So können zum Beispiel Raketenphysiker entstehen, denen die Verbesserung der Treffsicherheit der nuklearen Trägerwaffen ähnliche Befriedigung bereitet wie die erfolgreiche Lösung einer komplizierten Schachaufgabe. Die Einengung auf parzelliertes Denken hat den Vorteil, dass man in dem jeweiligen schmalen Verantwortungsbereich leichter Skrupeln entgeht. Die antrainierte Vorstellung, Mann oder Frau selbst seien inkompetent für die Beurteilung des ganzheitlichen Zusammenhanges, darf als eine der wirksamsten Verdrängungsmittel und Verleugnungshilfen bezeichnet werden.

Autor: Dr. Horst-Dieter Struening,
Philosophielehrer und Friedensforscher.

Wolfgang Scheler

Der atomar bewaffnete Frieden als eine Form des Militarismus

In welcher Art von Frieden leben wir heute? Dort, wo nicht gerade Krieg ist, gibt es lokal, regional und global unterschiedliche Arten von Frieden. Doch ihnen allen ist eines gemeinsam, es ist bewaffneter Frieden. Über den bewaffneten Frieden hat Rosa Luxemburg einen Gedanken geäußert, der – glaube ich – kaum reflektiert worden ist. Ich halte ihn aber zum Verstehen der Friedensproblematik für sehr sinnvoll. Deshalb möchte ihn hier noch einmal vollständig wiedergeben.

Rosa Luxemburg kritisierte die Idee der Vereinigten Staaten von Europa als bürgerliche Friedensutopie und setzte dieser entgegen, was „den Kern der sozialdemokratischen Auffassung bildet: dass der Militarismus in seinen beiden Formen – als Krieg wie als bewaffneter Frieden – ein legitimes Kind, ein logisches Ergebnis des Kapitalismus ist, das nur mit dem Kapitalismus zusammen überwunden werden kann, dass also, wer aufrichtig den Weltfrieden und die Befreiung von der furchtbaren Last der Rüstungen wolle, auch den Sozialismus wollen müsse.“¹

In der prägnanten Formulierung dessen, was – wie sie meinte – den Kern der sozialdemokratischen Auffassung über den Militarismus bildet, sind zwei wesentliche Gedanken enthalten. Der eine, der Hauptgedanke ist, dass Weltfrieden und Abrüstung an den Sozialismus gebunden sind. Auf ihn richtet sich beim Lesen die Wahrnehmung und man übersieht leicht den anderen Gedanken, nämlich dass vom Militarismus in seinen beiden Formen die Rede ist: vom Militarismus als Krieg und vom Militarismus als bewaffneter Frieden. Genau dieser Gedanke interessiert mich im Kontext unseres Themas, nämlich dass eine der beiden Formen des modernen Militarismus der bewaffnete Frieden ist.

Schon von alters her existiert der Frieden vornehmlich als bewaffneter Frieden. In der Antike fand das seinen klassischen Ausdruck in der Formel: *Si vis pacem para bellum*. Marx hat diesen Satz eine große Wahrheit genannt, die sich hauptsächlich dadurch auszeichnet, dass sie eine große Lüge enthält. Von allen Dogmen der bigotten Politik habe keines mehr Unheil angerichtet als jenes, dass um Frieden zu haben, man sich zum Kriege rüsten muss.²

¹ R. Luxemburg, Friedensutopien, in: Gesammelte Werke, Bd. 2, Berlin 1972, S. 494.

² Siehe K. Marx, Invasion, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 13, Berlin 1961, S. 444.

Heute benutzt man diesen Satz nicht mehr zur Rechtfertigung von Kriegsrüstung, weil nach zwei Weltkriegen und anderen tragischen Erfahrungen zu offensichtlich geworden ist, welches Unheil mit einem solchen Spruch angerichtet worden ist. Man hat ihn ersetzt durch einen anderen Sprachgebrauch. Heute heißt die gängige Formel: Frieden durch militärischen Abschreckung. Der Inhalt ist der gleiche.

Im Frieden wird in Gestalt der bereit gehaltenen Militärmacht die Fähigkeit zum Krieg angelegt – sogar relativ unabhängig davon, ob wirklich bloß zum Zweck der Friedenssicherung durch militärische Abschreckung vor einem gegnerischen Angriff oder zum aggressiven Gebrauch der militärischen Macht gerüstet wird.

In der Neuzeit hat auf einer bestimmten Stufe der Entwicklung des Militärwesens diese dual verwendbare Kriegsfähigkeit von Staaten eine neue Qualität angenommen. Sie erhielt den Namen Militarismus. Seitdem steht Militarismus als Begriff für das moderne System der Kriegführungsfähigkeit militärisch hoch gerüsteter Staaten.³ Dieses System der Kriegführungsfähigkeit wird permanent aufrechterhalten, materiell und ideologisch, und drückt damit auch dem Frieden seinen Stempel auf. Der bewaffnete Frieden wird so zu einer Form des Militarismus.

Nun verändert der Militarismus im Zuge der Revolutionen im Militärwesen seinen Charakter und seine Erscheinungsformen. Noch nie zuvor aber hat der Militarismus sich so tief greifend verändert wie mit dem Aufkommen der Atomwaffe. Die Atomwaffe unterscheidet sich von allen bisherigen Kriegswaffen so gravierend, dass sie eigentlich aufhört, eine Kriegswaffe zu sein. Sie bedeutet eine Übersteigerung der Gewaltmittel zur absoluten Waffe. Und genau die Absolutheit ihrer Vernichtungswirkung macht sie objektiv untauglich als Kriegswaffe, weswegen man ihr auch die Rolle einer *politischen Waffe* zugesprochen hat. Die Übersteigerung der Gewalt hat das Dilemma erzeugt: Die atomare Bewaffnung gibt der Politik Verfügung über absolute Vernichtungskraft und nimmt ihr zugleich die Fähigkeit, mit dieser Vernichtungskraft Krieg zu führen.

Zusammen mit den Trägermitteln, die sie weltweit in jedes Ziel bringen können, haben die Atomwaffen eine ganz neue Art von Militarismus hervorgebracht. Es ist ein Militarismus nicht der Massenarmeen und der Kriegsbereitschaft von Bevölkerungsmehrheiten, und er braucht auch nicht die ganze Gesellschaft mit militaristischem Geist zu durchdringen. Nein, es ist ein abgehobener, ein elitärer, ein exklusiver Militarismus von Militäreliten, von obersten politischen

³ Siehe Militarismus und Antimilitarismus heute, in: DSS-Arbeitspapiere, Heft 89, Dresden 2008.

Machthabern und eines auserwählten Kreises von Spezialisten auf dem Gebiet der atomaren Rüstung und Rüstungsforschung.

Mit diesem neuartigen Militarismus, ich nenne ihn atomaren Militarismus, errichten die potenten Mächte das heute stärkste und gefährlichste Herrschaftsverhältnis im globalen Rahmen. Von diesem Herrschaftsverhältnis wird ganz wesentlich der globale Frieden geprägt, den wir heute haben. Deshalb halte ich es für berechtigt, ihn einen atomar bewaffneten Frieden zu nennen, oder kurz den atomaren Frieden.

Dieser Frieden beruht auf einem extremen Widerspruch. Die absolute Waffe erhält ihn aufrecht kraft der Antizipation ihres Schreckens. Zugleich aber bedeutet die dieser Waffe implizite Allesvernichtung die absolute Negation von Frieden. Der atomare Frieden besteht in der Einheit dieser Gegensätze, und seine notwendige Bedingung ist die Aufrechterhaltung dieser äußerst fragilen Einheit. Anders ausgedrückt, versagt die atomare Selbstabschreckung, die diesen Frieden trägt, dann werden die Bedingungen jeglichen Friedens zerstört. Die herbeigeführte Allesvernichtung schließt eine Rückkehr zum Frieden absolut aus. Das ist die Neuheit dieser spezifischen Form des Friedens. Der bisherige Zyklus Frieden – Krieg – Frieden wird aufgehoben.

Obwohl es widersinnig ist, einen für die Menschheit lebenswichtigen Frieden mit den friedensfeindlichsten Mitteln, die überhaupt denkbar sind, aufrechtzuerhalten, so hat der atomare Frieden auch in der feindseligen und spannungsreichen militärischen Systemkonfrontation gehalten. Wir erlebten in dieser Zeit sogar die längste Friedensperiode in Europa.

Das aber war nicht allein einem rein objektiv gegebenen Tatbestand geschuldet. Der Widerspruch zwischen Verfügung über absolute Vernichtungskraft und Kriegsunfähigkeit ist zwar tatsächlich ein objektiver. Er ist unabhängig vom Willen der Akteure. Vom Absturz in den Atomkrieg auf die Probe gestellt, hätte sich die Objektivität dieses Widerspruchs erwiesen, nämlich im atomaren Untergang. Insofern beruht der atomare Frieden zwar wirklich auf der Objektivität dieses Widerspruchs, doch ist das nur seine notwendige, nicht aber seine hinreichende Bedingung. Hinzukommen muss als hinreichende Bedingung die subjektive Einsicht in die Objektivität dieses Widerspruchs und ein dieser Einsicht entsprechendes Handeln, und zwar bei jenen Allgewaltigen, die über den Einsatz der atomaren Waffen verfügen.

An diesem dünnen Faden politischer Vernunft hängt der atomare Frieden. Niemals zuvor in der Geschichte hatten so wenige die alleinige Entscheidungsgewalt über Leben oder Tod aller. Nun ist dieser dünne Vernunftfaden während des Systemkonfliktes nicht gerissen, auch wenn seine Schwachstelle während der Kubakrise neu verknötet werden musste. Mehr noch, es gab so-

gar das beiderseitige Bemühen, ihn durch Berechenbarkeit und durch Verträge über atomare Rüstungskontrolle und Abrüstung reißfester zu machen.

Nach dem glimpflichen Ende des atomar militarisierten Systemkonflikts ist nun aber eine neue Situation eingetreten. Sie ist davon gekennzeichnet, dass zu den alten Risiken, die bleiben, noch neue hinzukommen. Es ist die Rede davon, die Welt betrete ein neues nukleares Zeitalter, das noch gefährlicher und teurer werden wird als das des Kalten Krieges.⁴ Die Konturen dieses neuen nuklearen Zeitalters zeichnen sich bereits ab, so die Weiterverbreitung der Nukleartechnologie, die Definition von staatlicher Souveränität als nukleare Souveränität, ein atomarer Rüstungswettlauf in bestimmten Regionen, zum Beispiel im Nahen Osten, der mögliche staatliche Kollaps atomar gerüsteter Länder, vielleicht auch die Gefahr des atomaren Terrorismus, ganz besonders aber die atomare Rüstung des Weltraums und ein neuer Rüstungswettlauf zwischen großen Atommächten.

Letzteres, der Rüstungswettlauf zwischen großen Atommächten, wird seit einiger Zeit angeheizt von den Vereinigten Staaten. Obwohl es die zweite Welt nicht mehr gibt und damit das System der bipolaren Sicherheit angeblich aufgehört hat zu bestehen, arbeiten die Vereinigten Staaten daran, das fesselnde Gleichgewicht des Schreckens in ein Übergewicht des Schreckens zu verwandeln. Der ideologische und soziale Gegensatz der Antipoden ist zwar gefallen, geblieben ist aber die geostrategische Rivalität gegenüber der einzigen Macht, die noch immer imstande ist, mit ihrer atomaren Zweitschlagfähigkeit das Gleichgewicht des Schreckens aufrechtzuerhalten.

Die westliche Führungsmacht verfolgt seit längerer Zeit schon das Ziel, die militärstrategische Situation dahingehend zu ändern, dass sie allein über eine atomare Schlagkraft verfügt, mit der sie dem potentiellen Verteidiger die Fähigkeit zur atomaren Vergeltung nimmt. Darauf zielt der Aufbau von Antiraketensystemen, denen der ABM-Vertrag aus gutem Grund den Weg verlegt hatte. Das aber hat schwerwiegende Auswirkungen auf den atomaren Frieden. Er wird noch brüchiger, und die Rüstungsaufwendungen wachsen ins Unermessliche. Die atomare Militarisierung des Friedens erreicht damit eine neue Dimension. Zusammen mit den anderen benannten Gefährdungen wird es dadurch schwer, die Kontrolle über die atomare Vernichtungsmaschinerie zu behalten.

Selbst wenn es nicht zum Versagen der politischen Kontrolle kommt, wohin soll das Ganze führen, wo soll es enden? Schon das bloße Vorhandensein der globalen Waffenarsenale und die Fähigkeiten, sie in die anvisierten Ziele zu

⁴ Siehe J. Fischer, Blind in die Atomkrise?, in: Die Zeit vom 10.03.2008, S. 1.

bringen, wirken verhängnisvoll auf die Weltgesellschaft. Dass die Weltgesellschaft permanent unter dem Damoklesschwert der Atomwaffen leben muss, deformiert sie, setzt ihre Entwicklung schwersten Verwerfungen aus und hindert sie, die vor ihr stehenden Großprobleme gemeinschaftlich zu lösen.

Wir sollten also verstehen und anderen verständlich machen, dass es sich beim atomar bewaffneten Frieden um die extremste, gefährlichste und menschenfeindlichste Form handelt, die der Militarismus im Frieden überhaupt annehmen kann. Nicht nur der atomare Krieg, auch der atomare Frieden bedroht die Menschheitszukunft. Auch ein Frieden mit atomarer Kriegsführungsfähigkeit ist ein widersinniger, ein menschenunwürdiger Gesellschaftszustand. Der atomar bewaffnete Frieden widerspricht vollkommen dem Menschsein, der Humanität und den proklamierten Menschenrechten.

Der atomar bewaffnete Frieden wird durch die neu hinzu kommenden Gefahren selbst für die stärksten Atommächte zu einem untragbaren Risiko. Wenn die Sicherheiten, auf die die atomare Abschreckung baut, immer unsicherer und unkontrollierbarer werden, können die Atommächte ebenso wenig wie atomwaffenfreie Staaten sicher sein vor totaler Zerstörung.

Außerhalb des Systems der garantierten gegenseitigen Vernichtung, das immerhin noch der Kontrolle der Beteiligten unterliegt, wächst die Gefahr regionaler Konflikte zwischen Atomwaffenstaaten. Dadurch werden aber auch die stärksten Atommächte in Mitleidenschaft gezogen. So würden nach neueren Erkenntnissen selbst Atomschläge in der Größenordnung von 100 Hiroshimabomben – das ist nur ein Promille der angehäuften atomaren Vernichtungskapazität – die Ozonschicht auf der Nordhalbkugel weitgehend zerstören. Der Raum, in dem wir gemeinsam mit den USA und Russland leben, würde sich in eine lebensfeindliche Sphäre verwandeln.⁵

Welchen Sinn also kann selbst für die führenden Atommächte das auf atomarer Schlagkraft basierende Sicherheitssystem erfüllen, wenn doch die Entscheidungsgewalt über den Atomkrieg gar nicht mehr allein in ihrer Hand bleibt? Weil sich diese Frage unabweisbar auch den herrschenden Klassen stellt, gibt es seit einiger Zeit wieder ein Nachdenken über atomare Abrüstung. Offenbar beschäftigt sie auch denkende Köpfe in den Chefetagen der Politik.

Kann es vielleicht sein, dass die Annahme von Friedrich Engels, der Militarismus werde an der Dialektik seiner eigenen Entwicklung untergehen, sich heute als zutreffend erweist? In der konkreten Form, in der Engels diesen

⁵ Siehe J. Langenbach, KLIMA. Ein regionaler Atomkrieg würde nicht nur nuklearen Winter bringen, sondern auch „UV-Frühling“, in: Die Presse vom 08.04.2008.

Gedanken fasste, hatte er sich nicht bewahrt. Er sah den inneren Widerspruch darin, dass der Militarismus sich als Herrschaftsverhältnis selbst aufhebt, indem er die Beherrschten im Gebrauch der Waffen ausbildet, und dass diese ihren Willen gegenüber der Militärrherrlichkeit durchsetzen, sobald die Masse des Volkes einen Willen hat.⁶

Beim atomaren Militarismus aber besteht der innere Widerspruch in dem Herrschaftsverhältnis, das mit ihm errichtet wird, darin, dass die Macht objektiv aufgehoben wird durch die Ohnmacht, diese Macht zu gebrauchen. Für die Form des atomaren Militarismus als Krieg gilt tatsächlich, dass er an seiner eignen Entwicklung untergeht. Aber für den Militarismus als atomar bewaffneter Frieden gilt das in einem bestimmten Maße auch. Die Macht, die ein mit atomarer Schlagkraft errichtetes Herrschaftsverhältnis verleiht, wird weitgehend aufgehoben durch die Selbstabschreckung vor der Anwendung dieser Macht. Es verfehlt daher mehr und mehr seine Wirkung und wird zu einem immer weniger beherrschbaren Risiko für diejenigen, die es errichten.

Dass der atomare Militarismus die Tendenz aufweist, an seiner eignen Dialektik unterzugehen, erzeugt Bedingungen für einen politischen Prozess zur Abschaffung der Atomwaffen. Ein subjektives Zeichen für einen solchen Strategiewandel der Herrschaftseliten ist zweifellos der Aufruf von vier ehemals hoch gestellten Verantwortungsträgern für die Atompolitik in den USA, die alte Vision von einer atomwaffenfreien Welt neu zu beleben, was aus dieser politischen Richtung ja wohl überraschend klingt. Die Verfasser des aufsehenerregenden Artikels, der am 4. Januar 2007 im Wall Street Journal erschien, sind Henry A. Kissinger, Außenminister von 1973 bis 1977, George P. Shultz, Außenminister von 1982 bis 1989, Sam Nunn, ehemals Vorsitzender des Streitkräfteausschusses des Senats und William J. Perry, Verteidigungsminister von 1994 bis 1997.

Darin schlagen sie ein Programm konkreter Schritte für das Erreichen dieses Zieles vor, so die Vorwarnzeit zu erhöhen, die Nuklearstreitkräfte wesentlich zu reduzieren, atomare Kurzstreckenraketen vollständig abzuschaffen, den Teststoppvertrag zu ratifizieren, die Sicherheit der Bestände an Atomwaffen und waffenfähigem Material zu garantieren und deren Produktion einzustellen sowie die Entstehung neuer Atommächte zu verhindern. Man kann dem voll zustimmen, was die Autoren über das Wechselverhältnis von Idee und praktischem Handeln für eine atomwaffenfreie Welt hervorheben: „Ohne diese kühne Vision wird unser Handeln weder als gerecht noch als dringlich einge-

⁶ Siehe F. Engels, Anti-Dühring, in Marx/Engels, Werke, Bd. 20, Berlin 1962, S. 158.

stuft, und ohne Handeln wiederum wird die Vision weder als realistisch noch als möglich angesehen.“⁷

Solche Bestrebungen können sich immerhin auf Mehrheitsmeinungen in den USA und auch in Russland stützen. Nach einer diesbezüglichen Umfrage im September 2007 befürworteten 73 Prozent der US-Amerikaner und 63 Prozent der Russen eine vollständige atomare Abrüstung unter internationaler Kontrolle. Dagegen sprechen sich in den USA 24 Prozent und in Russland sogar nur 13 Prozent aus.⁸ Es bedarf also nur der mutigen Initiative der neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika und der Russischen Föderation.

Allerdings wäre es verkehrt, die Schwierigkeit der Aufgabe zu übersehen. Es gibt triftige Gründe, die einen Strategiewechsel hin zu einer Welt ohne Atomwaffen nicht gerade einfach machen. Dazu zählt, dass Staaten ihren Atomstatus nicht so leicht aufgeben werden, weil er sie über andere erhebt und er ihnen auf der internationalen Bühne größeren Einfluss sichert. Als einen wichtigen Grund muss man wohl auch sehen, was als nukleare Souveränität von Staaten bezeichnet wird. Damit ist gemeint, dass Staaten, die im Besitz von Atomwaffen sind, eine höhere Sicherheit gegen militärische Bedrohung und Militärinterventionen haben als andere. Auch lässt sich der Einwand von Skeptikern, dass in einer atomwaffenfreien Welt der US-amerikanischen Überlegenheit in der konventionellen Kriegsführungsfähigkeit nichts mehr entgegensetzen wäre, nicht einfach wegwischen.

Es wird daher wohl kaum möglich sein, das Problem der Atomwaffen isoliert zu lösen. Vielmehr wird dafür grundsätzlich eine neue Strategie der internationalen Sicherheit notwendig sein. Sie muss endlich das noch immer bestehende System konfrontativer Sicherheit ersetzen durch ein System kooperativer Sicherheit.

Wieder aufzunehmen wäre ein Ansatz, den es in Europa am Ende des Ost-West-Konflikts schon einmal gab: Sicherheit nicht durch Rüsten gegeneinander, durch militärische Konfrontation, sondern Sicherheit miteinander durch Zusammenarbeit, durch Abbau der Bedrohungspotenziale und Reduktion der militärischen Fähigkeiten auf defensive Verteidigung. In diese Richtung zielt die Initiative des Präsidenten der Russischen Föderation, einen neuen Sicherheitspakt nach dem Grundprinzip der gleichen Sicherheit für alle zu schließen.

⁷ Nach: PAX REPORT, Berlin, 01/2007, S. 11.

⁸ Siehe Umfrage: Mehrzahl der Amerikaner und Russen wollen keine Atomwaffen, in: <http://de.rian.ru/safety/20071112/87624663.html>.

Dann würden sich Bedingungen ergeben, unter denen wenigstens Schritte zur Entschärfung der atomaren Gefahren möglich erscheinen. Zuvorderst muss die unsägliche Doktrin des Ersteinsatzes von Atomwaffen aufgegeben werden, die der bewussten Entscheidung zur Hinrichtung der menschlichen Gattung gleichkommt. Von diesem wichtigsten und dringlichsten ersten Schritt ist nicht einmal bei den vier amerikanischen Verfassern des Aufrufs für eine Welt ohne Atomwaffen die Rede.

Eine Politik der Vernunft und des Realismus in der heutigen Welt erfordert den Mut, den Ausstieg aus dem trügerischen Sicherheitssystem zu wagen, das auf militärische Macht und vor allem auf atomare Schlagkraft vertraut. Es würde dann nicht nur der Militarismus in seiner extremsten Form, als atomarer Militarismus überflüssig, sondern es würde ein Prozess eingeleitet, in dem sich jede Form des Militarismus erübrigt, und wir könnten uns auf das Ziel eines unbewaffneten Friedens zu bewegen.

Autor: Prof. Dr. Wolfgang Scheler,
Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e.V.

Detlef Bald

»Entweder wir schaffen die Atombombe ab oder die Atombomben schaffen uns ab.« Machtrealität und Dynamik der nuklearen Rüstung seit Hiroshima

Der Einsatz der Atombomben in Hiroshima und Nagasaki hat das Militär und die Doktrinen der Kriegführung in der Neuzeit verändert. Die Anfänge der totalen Kriegführung liegen davor, die Generale Moltke, Schlieffen und Ludendorff zählen zu ihren »Vätern«.¹ Im konventionellen Bombenkrieg war die Unterscheidung von Front und Heimat, von Soldat und Zivilbevölkerung bereits aufgehoben; das Dogma des Vernichtungskrieges hatte die alten soldatischen Tugenden obsolet werden lassen. Im Militär herrschten die Rationalität und Funktionalität der industriellen Produktivität, um das Töten und Zerstören effektiver zu machen. Technik, Organisation und Kommunikation optimierten das Kriegshandwerk. Der Maschinenkrieg wurde am Schreibtisch organisiert, um aus der Ferne zu zerstören – Routine im Alltag moderner Kriegführung.

Zur machtpolitischen Legitimation

Die Schranken der Konventionen der Haager Landkriegsordnung waren durch die Ausweitung des Kriegskonzeptes quantitativ und qualitativ bedenkenlos aufgehoben worden. Im spanischen Guernica markierte ein Bombardement erstmals das kommende Entsetzen, bevor Warschau, Rotterdam, Coventry, Tokio und Dresden die Menschen an das Unheil aus der Luft mahnten. Die Entgrenzung des Denkens hatte sich schon zu Friedenszeiten aus dem Feldzeug der totalen Vernichtung bedient.² Die völkerrechtlichen Regeln wurden bereits im Zeichen der konventionellen Waffenarsenale verwässert, wenn nicht aufgegeben. Die Saat der Radikalisierung des politisch-militärischen Denkens mit Hilfe des systematischen Einsatzes von Wissenschaft und Wirtschaft für die Modernisierung der Rüstungsprodukte war aufgegangen und hatte mit der Atombombe ihr höchstes Stadium erreicht.

Die politische Legitimierung stand über der eingrenzenden Legalität. Im Geist der neuartigen Klasse des homo militans wurden moralisch-humanitäre Bedenken und liberal-demokratische Werte zur Schadensbegrenzung außer

¹ Vgl. Wallach, Jehuda: Das Dogma der Vernichtungsschlacht. Die Lehren von Clausewitz und Schlieffen und ihre Wirkungen in zwei Weltkriegen. München 1970.

² Vgl. Messerschmidt, Manfred: Strategischer Luftkrieg und Völkerrecht. In: Boog, Horst (Hrsg.): Luftkriegführung im Zweiten Weltkrieg. Ein internationaler Vergleich. Herford 1993, S. 349 ff.

Kraft gesetzt. Eine »Kultur des Krieges« sicherte den Anspruch ab, sich im Kriegsfall bei existenzieller nationaler Bedrohung, im äußersten Notfall also darauf berufen zu können, als ultima ratio die Grundlagen der anderen Nationen zu vernichten. Die ideologisch gerichtete Fixierung auf die Bedrohung durch einen totalen, bösartigen Feind ließ alles rechtfertigen. Eine neuartige Form des »gerechten Krieges« war geboren. Die Konzentration der Macht im Atomzeitalter kalkulierte den Massentod.³

Die besorgte Frage, was die Atombombe bedeute, war von Beginn an vergebens. Politik und Militär phantasierten ihre Allmacht. Dröhnend setzten sie sich über alle Warnungen und erst recht über die bekannte ethische Forderung nach einer neuen Denkungsart in der Politik hinweg. Auch die Ethik der Wissenschaft, wo sie denn vorgetragen wurde, versagte. Joseph Rotblat hatte bereits im März 1944 seinen Protest gegen den Einsatz der Atombombe und gegen die als direkte Folge drohende »grenzenlose Rüstung« der Weltmächte vorgetragen.⁴ Ein Jahr später, rechtzeitig vor der Explosion über Hiroshima, wandte sich eine kritische Gruppe von Naturwissenschaftlern des »Manhattan-Projekts« unter Federführung von James Franck an die US-Regierung, um den geplanten Bombenabwurf zu verhindern; auch suchten sie eine völkerrechtliche, langfristige Regelung der Atomfrage; Ziel war ein internationales Regime für Kontrolle und Rationierung des Uranerzes, andernfalls drohe ein »hemmungsloser Aufrüstungswettlauf«.⁵ So realistisch und weitsichtig ihr Politikkonzept war, Hunderttausende von Technikern und Forschern, zumal die Koryphäen, ignorierten jene Bedenken und arbeiteten weiter an der Erforschung und Produktion der Bombe, an der Entfesselung der Kräfte der Materie. Victor Weisskopf bekannte: »Unter den gegebenen Umständen vermochten wir es nicht, den moralischen Problemen unserer Arbeit ins Auge zu sehen, auch wenn wir sie erkannten.«⁶

Hiroshima hatte keine friedensstiftende Legitimation; spätestens Gar Alperovitz entdeckte in den Bombenabwürfen von 1945 deren Funktion in der Machträson gegenüber der Sowjetunion.⁷ Die Bombe wurde mit Bedacht als »master card« im Übergang zur Nachkriegsordnung eingesetzt, um den Eckstein im Machtpoker mit der Sowjetunion zu setzen. Das galt schon für das »blendende Licht« der ersten Atomexplosion in der Wüste von Nevada am

³ Vgl. Guéhenno, Jean-Marie: Das Ende der Demokratie. München 1994, S. 158 ff.; ebenso Krippendorff, Ekkehart: Militärkritik. Frankfurt 1993, S. 159 ff.; für die strategische Seite: Wallach 1970.

⁴ Rotblat, Joseph: Das vielschichtige soziale Gewissen der Wissenschaftler. In: Albrecht, Ulrich u.a. (Hrsg.): Der Griff nach dem atomaren Feuer. Frankfurt a.M. 1996, S. 161.

⁵ Der »Franck Report«. Ein Bericht an den Kriegsminister, Juni 1945. In: Wissenschaft und Frieden, 12. Jg., Nr. 2 (1995), S. 49.

⁶ Weisskopf, Victor: Mein Leben. Ein Physiker, Zeitzeuge und Humanist erinnert sich an unser Jahrhundert. Bern und München 1991, S. 158.

⁷ Alperovitz, Gar: Atomic Diplomacy: Hiroshima and Potsdam. The Use of the Atomic Bomb and the American Confrontation with Soviet Power. New York 1965; zusammenfassend Alperovitz, Gar: Hiroshima. Die Entscheidung über den Abwurf der Bombe. Hamburg 1995.

16. Juli 1945, am Vorabend der Potsdamer Konferenz. Winston Churchill und Harry S. Truman machten ihr Spiel gegenüber Josef Stalin. Die Konstellation war gespenstisch. Denn nach dem geplanten Szenario sollte das Ende der Konferenz mit dem »big bang« des Einsatzes der Atombombe in Japan gekoppelt werden. Potsdam war mithin der andere Ort, an dem die Geburtsstunde der politischen nuklearen Polarisierung im 20. Jahrhundert schlug. Europa lag in dessen Zentrum. Der Griff nach Europa sollte die internationale Ordnung bestimmen.⁸ Daher begleitete die Atomrüstung des Kalten Krieges Europas Geschicke bis 1990, mit Folgen für den militärstaatlichen Primat der Macht und für die Rüstungsdynamik.

Diese Phase des Atomzeitalters war bipolar organisiert, die Staaten schematisch der Sowjetunion und den USA zugeordnet, nachdem diese in Jalta und Potsdam ihre Interessensphären fein säuberlich arrangiert hatten. Die Verfügungsgewalt über Atomwaffen bestimmte den Status, den Grad an Souveränität und an Autonomie, während die »stählerne Glocke der Atomwaffen« alles zusammenhielt und eingrenzte. Diese Realpolitik brachte angeblich Stabilität und wies die »Wege in der Gefahr«.⁹

Der »big bang« von Hiroshima, mit dem in den Worten des Konstrukteurs dieser Waffe, J. Robert Oppenheimer, hunderttausend Menschen auf einen Schlag vernichtet werden konnten, wurde noch, als sich die pilzförmigen Konturen der Detonationswolke dunkel am Himmel abzeichneten, stolz von der Bomberbesatzung bestätigt: »In jeder Hinsicht erfolgreich!« Nur die Worte des Kopiloten, den ein banges Grauen beschlich, verhallten: »Mein Gott, was haben wir getan?«¹⁰ Allein der Erfolg bestimmte die Kategorien der Zukunft und die Kräfte des Machtdenkens in der Tradition des totalen Krieges während des sich entfaltenden imperialen Kampfes zwischen Washington und Moskau. Hiroshima ist seitdem die Metapher für den politischen Willen, eine Massenvernichtung ungeheuren Ausmaßes zu organisieren bis hin zu der Gefahr, durch den Einsatz von Atomwaffen die Menschheit oder das Leben auf der Erde insgesamt zu bedrohen.

Die Glaubwürdigkeit der Sicherheit

Das Atomzeitalter hatte als Melodie der Politik das »Gleichgewicht des Schreckens« mitgebracht, janusköpfig, wie es bei den Bomberpiloten angeklungen war. Die Botschaft dieses Gleichgewichts verwirrte: einmal Sicherheit garantierend, einmal tödliche Bedrohung verheißend. Diese Politik setzte auf den

⁸ Vgl. Stürmer, Michael: Nukleare Abschreckung und politische Kultur. Die europäische Erfahrung. In: Nerlich, Uwe und Rendtorff, Trutz (Hrsg.): Nukleare Abschreckung. Politische und ethische Interpretationen einer neuen Realität. Baden-Baden 1989, S. 181 ff.

⁹ Weizsäcker, Carl Friedrich von: Wege in der Gefahr. Eine Studie über Wirtschaft, Gesellschaft und Kriegsverhütung. München und Wien 1976.

¹⁰ Interviews in: Del Tredici, Robert (Fotos und Texte): Unsere Bombe. Frankfurt a.M. 1988, S. 164 f.

Horror der Abschreckung und legitimierte die Fähigkeit, sich gegenseitig mit Sicherheit vernichten zu können, damit die Glaubwürdigkeit untermauert werde, dass sich dadurch gleichzeitig die Sicherheit erhöhe, trotz dieser Bedrohung zu überleben. Die pax atomica beflügelte pure Machtphantasien, indem sie nahezu unbegrenzte Energiepotenziale für kalkulierte militärische Destruktionskapazitäten verfügbar machte und den Glauben verbreitete, mit Atomwaffen Kriege siegreich führen zu können. Das konnte gelingen, weil die drei Ebenen der Atompolitik – Militär, Atomwissenschaft, Sicherheitspolitik – eines gemeinsam haben: Sie unterliegen einer extremen Form der politischen Geheimhaltung. Die Öffentlichkeit wird nicht, nur teilweise oder falsch unterrichtet und auch manipuliert. Die Nachrichtenpolitik schwankte zwischen Berichten, Verfälschen und Verschweigen. Am Beispiel Hiroshima wird dies deutlich. Das Bild der perfekten Beherrschbarkeit der Kriegsmaschinerie wird durch den Atompilz symbolisiert. Er wird nicht mit dem Grauen der Verwüstung identifiziert sondern geradezu zum Symbol des Friedens retuschiert. Der Atompilz in der Ferne suggerierte Macht und Sicherheit; das Inferno in Hiroshima blieb abstrakt. Die Pressezensur wirkte total. Das konkrete Vernichten und die Leiden der Strahlenopfer wurden »in Schrift und Bild« über Jahre ausgeblendet.¹¹ Mitleid und moralische Bedenken sollten weder an der Heimatfront noch nach dem Krieg entstehen. Dieses Schema verkehrte die Authentizität, damit Zerstörung und Tod kein Gesicht erhielten. Auf längere Sicht hin bestimmten Informations- und Denkblockaden das Erinnern: »Hiroshima liegt auf dem Mars«.¹²

Das Verfremden von Informationen ist ein typisches Zeichen des Atomzeitalters. Die Verharmlosung ihrer Wirkung sollte die Akzeptanz der Rüstung erhöhen. Technische Perfektion und Handhabbarkeit rationalisierten den Umgang mit Atomwaffen und täuschten Sicherheit vor. Atombomben wandelten sich zu »modernen Waffen« für die »weiterentwickelte Artillerie«, überhaupt war Atomenergie »friedlich«.¹³

Derartige Kampagnen verfehlten ihre Wirkung nicht: Die Medien übernahmen die Funktion, die Realität der Atomwaffen zu vertuschen, zu verharmlosen, zu verbergen und die Öffentlichkeit zu manipulieren. Auch die Wahrheit war ein Opfer der Atompolitik – bereits im Frieden.

An diesem Vorgang waren viele beteiligt. Das Beispiel aus Deutschland erschreckt, weil die Kirchen, zumal die protestantische, Mitträger der Friedensbewegung, in einem Deal mit der Politik zur Akzeptanz der Atompolitik bei-

¹¹ Jungk, Robert: Die verdrängte Wahrnehmung. In: Hersey, John: Hiroshima, 6. August 1945 8 Uhr 15. Frankfurt a.M. 1989, S. 9 ff.

¹² Minoguchi, Tan: Hiroshima liegt auf dem Mars. In: Süddeutsche Zeitung, 22.10.1999.

¹³ Vgl. Eppler, Erhard: Kavalleriepfeder beim Hornsignal. Die Krise der Politik im Spiegel der Sprache. Frankfurt a.M. 1992, S. 120 ff.

trugen. Der Staat hatte höchstes Interesse an dieser Legitimation. Der evangelischen Kirche gelang 1959 mit den »Heidelberger Thesen« der Spagat über die Gegensätze hinweg. Darin wurde eine Verteidigung mit Atomwaffen – auch als *ultima ratio* – als moralisch unerträglich bezeichnet. Der Schlüsselsatz aber lautete: »Die Kirche muss die Beteiligung an dem Versuch, durch das Dasein von Atomwaffen einen Frieden in Freiheit zu sichern, als eine heute noch mögliche christliche Handlungsweise anerkennen.«¹⁴

Entscheidend war das Wörtchen »noch«, weil es die Verfechter der Ablehnung und die Vertreter der Legitimierung der nuklearen Abschreckung miteinander verband. Diese Waffen waren abzuschaffen, auch wenn man »noch« mit ihnen leben musste; aber der Satz bedeutete auch: »Noch« konnten diese Waffen, da sie vorhanden waren und der Gegner auch mit ihnen drohte, erhalten und modernisiert werden.

Auf katholischer Seite fand sich eine ähnliche Aussage. Erst später wurden im Gleichgewicht des Schreckens auch mögliche »Ursachen des Krieges« erkannt; Atomwaffen seien kein legitimer Weg, »den Frieden zu sichern«.¹⁵ Papst Johannes XXIII. hatte mit dieser Äußerung ein Zeichen gesetzt, um »Hoffnung« zu geben. Nur: Die Hoffnung war nicht politikrelevant. Allein die Friedensbewegung wies auf den realen Sinn des Nuklearpazifismus hin und machte deutlich, dass man unter einem »nuklearen Damoklesschwert« lebte.¹⁶

Ein weiterer Faktor erschwerte es, die Atomwaffen abzuschaffen. Das eigentliche Problem sind nicht die Wissenschaftler, die sich an der Atomforschung beteiligen, sondern der im Zusammenhang mit dem Bau von Atombomben entwickelte Typ wissenschaftlicher Verwertung und die mit der industriellen Technik vernetzte Entwicklung. Sie werden bezeichnenderweise »think tank« oder »big science« genannt, erstmals demonstriert in dem mit dem Tarnnamen »Manhattan-Projekt« bezeichneten Atomprogramm. Dieses System ist ein fester Bestandteil des US-amerikanischen Regierungssystems geworden; es geht um mehr und um anderes als nur politische Beratung. Wenn Dwight D. Eisenhower den Begriff des militärisch-industriellen Komplexes einführte, traf er die Sachlage auf den Kopf. Hätte er dieses Phänomen ausführlicher beschrieben, dann hätte er festgestellt, dass es sich um das seit 1941 eingeführte, politisch gewollte und staatlich finanzierte System der Modernisierung handelte, das die Kräfte des Militärs und der Industrie mit denen der Wissen-

¹⁴ Vgl. Walther, Christian (Hrsg.): *Atomwaffen und Ethik. Der deutsche Protestantismus und die atomare Aufrüstung 1954-1961.* München 1981, S. 21 ff.; zum Inhalt ausführlich: Bald, Detlef (Hrsg.): *Europäische Friedenspolitik. Ethische Aufgaben.* Baden-Baden 1990, S. 103 ff.

¹⁵ Zur Pastoralkonstitution »*Gaudium et Spes*« des Zweiten Vatikanischen Konzils: Nagel, Ernst J. (Hrsg.): *Dem Krieg zuvorkommen. Christliche Friedensethik und Politik.* Freiburg 1984.

¹⁶ Schmitt, Rüdiger: *Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland.* Opladen 1990, S. 193; vgl. Wette, Wolfram: *Pazifismus im Atomzeitalter. Von der deutschen Anti-Atombewegung der fünfziger Jahre zur Friedensbewegung der achtziger Jahre.* In: *Krieg und Literatur*, 1 (1995), S. 7-24.

schaft und Technik zielgerichtet integrierte. Hunderttausende arbeiteten daran, geheim und vor der Öffentlichkeit verborgen, nur durch eine P. O. Box erreichbar.

Das hatte sein Vorgänger Truman auf der Rückfahrt von Potsdam in seiner Erklärung am 6. August 1945 zum Abwurf der Atombombe die »Schlacht der Laboratorien« genannt, welche die USA gewonnen hätten. Diese sei »ebenso schicksalsschwer« wie »die Schlachten in der Luft, zu Lande und zu Wasser« gewesen. Die Explosion der Bombe in Hiroshima hat diesen neuen Bund von Politik, Militär und Wirtschaft mit dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt institutionalisiert. Die Schlachten gingen weiter. Die Befürchtungen der Kernphysiker James Franck, Albert Einstein, Leo Szilard und vieler anderer erwiesen sich schon bald als Prophezeiungen. Die nukleare Rüstungsspirale gewann in den USA ungeahnten Schwung, doch auch Stalin – »Das Vernichten der japanischen Städte ist gegen uns gerichtet.«¹⁷ – stellte am 20. August 1945 in Moskau mit dem Dekret zum Aufbau des sowjetischen Programms der »big science« die Weichen.

Die Experten der Macht folgten auf beiden Seiten des Ozeans der Devise, aus dem Krieg lernen heiße lernen, wie man ihn verbessert führen könne. Keine zwei Jahre waren nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs vergangen, als das politisch-militärische Konzept den Konsens der nuklearen Aufrüstung der USA festhielt. Samuel L. A. Marshall war der Auffassung, »dass die Lehren des letzten Krieges für die Vorbereitung des Zukunftskrieges« unverzichtbar seien. Das Fazit wurde nüchtern gezogen und klang kaum überraschend: »Selbstverständlich muss man nicht nur Hiroshima [...], sondern auch die rasche Weiterentwicklung dieser Offensivwaffen einkalkulieren.«¹⁸

Die Atomwaffen waren politisch als integraler Bestandteil der Militärstrategie und -struktur durchgesetzt. 1945 gab es ein Dutzend handgefertigte Experimentiermodelle, bevor es an die industrielle Produktion ging. Die Aufrüstung trug gigantische Züge. Bereits am Ende der fünfziger Jahre besaßen die USA mehr als zehntausend Atombomben. Die Strategie des massiven Einsatzes im Rahmen eines totalen Vernichtungskrieges wurde zwar mit der sowjetischen Wasserstoffbombe ernsthaft erschüttert, aber erst das harmlos klingende »Piep, piep« eines Senders an Bord eines Satelliten konfrontierte die USA mit der Tatsache, dass sich am Himmel über ihrem Territorium ein »Fenster der Verwundbarkeit« aufgetan hatte. Der »Sputnik-Schock« von 1957 brachte den Einschnitt, aber keine Besinnung. Die Erhöhung der Atomwaffenproduktion war die erste Reaktion, die zweite war eine weitere Differenzierung der Waf-

¹⁷ Golowin, Igor N.: »Beeilt Euch, Genossen!« Stalins Atombombenprogramm. In: Wissenschaft und Frieden, 12. Jg., Nr. 2 (1995), S. 52.

¹⁸ Aus einem Gutachten über die Kriegführung in Europa von 1947 bei Marshall, Samuel L. A.: Soldaten im Feuer. Gedanken zur Gefechtsfhrung im nächsten Kriege. Frauenfeld 1951, S. 22 f.

fen; flexibel für den Einsatz wurden sie disloziert, miniaturisiert und funktionalisiert. Anfang der achtziger Jahre verfügten die Atommächte über etwa 60.000 und 1986 – der Höchststand – weltweit über wohl 70.000 Bomben. Verträge über strategische und waffensystematische Rüstungskontrollen wurden geschlossen. Sie sollten kalkulieren helfen was nicht kalkulierbar war. In erster Linie dienten sie einer mittelfristig angelegten effektiven Steuerung für sektorale oder spezifisch technische, aber auf jeden Fall überprüfbare (Auf-)Rüstungen. Jahrzehntlang gab es keine echte Abrüstung. In den neunziger Jahren wurde der Bestand an Atomwaffen erstmals massiv reduziert; ihre Bedrohungs- und Abschreckungsfunktion hatte sich mit dem Ende des Kalten Krieges erübrigt. Krass zeigte sich der Stand der Hoch- und Überrüstung. Aber am Beginn des 21. Jahrhunderts sind noch immer, je nach dem, wie man die Depots berechnet, etwa 20.000 oder 25.000 Atombomben einsatzbereit.

Zur Realität: Die Militärplanung der Bundeswehr

Nach dem Weltkrieg herrschten auch unter deutschen Militärs kaum Zweifel daran, dass an eine Verteidigung mit Atomwaffen zu denken war.¹⁹ Schon in der geheimen Planung der Bundeswehr vom Oktober 1950, in der im Auftrag des Kanzleramtes von ausgewählten Generalen im Kloster von Himmerod verfassten Denkschrift, wurde wie selbstverständlich das Szenario aufgebaut, im Hinterland der Sowjetunion mit Atomwaffen in der Größenordnung der Hiroshima-Bombe vorzugehen; der Einsatz dieser »modernen« Bewaffnung in Europa schien selbstverständlich.²⁰ Fragen der Legalität oder Legitimität wurden nicht thematisiert.

Militärspezifische Beiträge zu dieser Diskussion kamen von zwei Seiten. Die besten Experten der führenden Atommacht, so Vannevar Bush, leitender Manager im »Manhattan-Projekt« und der big science der Atomrüstung, motivierten die militärische Szene schon in den Anfängen. Die Botschaft lautete: stark sein für die Abschreckung. Denn: »Wenn Russland morgen seine Armeen über die deutsche Ebene rollen ließe, könnten wir mit unseren Atombomben Russland zerstören, [...] hinter ihnen gäbe es kein Russland mehr.«²¹ Auf der anderen Seite wagten sich Vertreter der nuklearen Forschungsgruppen der Wehrmacht aus der Deckung, um als Experten Meinung zu bilden.²²

¹⁹ Zu den vergeblichen Versuchen alternative Strategien einzuführen vgl. Bald, Detlef: Die Bundeswehr. Eine kritische Geschichte 1955-2005. München 2005.

²⁰ Vgl. Rautenberg, Hans-Jürgen und Wiggershaus, Norbert: Die »Himmeroder Denkschrift« vom Oktober 1950. Politische und militärische Überlegungen für einen Beitrag der Bundesrepublik zu westeuropäischen Verteidigung. Karlsruhe 1977.

²¹ Bush, Vannevar: Verteidigung der westlichen Welt von USA aus gesehen. In: Wehrwissenschaftliche Rundschau, Jg. 1, 2/1951, S. 5; zu Bush vgl. Bald, Detlef: Hiroshima, 6. August 1945. Die nukleare Bedrohung. München 1999, S. 18 ff.

²² Die deutschen Atomexperimente des Heeresamtes waren zu Beginn der fünfziger Jahre nicht bekannt, vgl. Karlsch, Rainer: Hitlers Bombe. Die geheime Geschichte der deutschen Kernwaffenversuche. München 2005.

Ihr Argument war, dass die Atomwaffe »den Einsatz des Soldaten im Kampf und letzten Endes jeder Einheit einer bewaffneten Macht revolutionieren wird.«²³ Auch der ehemalige Leiter der Chemischen Abteilung des Heereswaffenamtes, also ein tatsächlich über die ehemaligen nuklearen Militärexperimente Informierter, brachte sein Plädoyer vor, »zu überprüfen, in welcher Weise sie die militärischen Vorbereitungen, insbesondere die Landesverteidigung, beeinflussen können,« da kein Land »sicher ist vor den Atomwaffen«.²⁴ Soviel aus den frühen fünfziger Jahren.

Die Bundeswehr wurde ab 1957 mit Bombern, Raketen und Haubitzen ausgestattet, den Trägersystemen für Atombomben, die sie gemeinsam mit den US-amerikanischen Truppen verwaltete.²⁵ Als Reaktion auf die öffentliche Ablehnung bot sich die Verheimlichung der Atombewaffnung an, während die ersten Raketensysteme an Heer und Luftwaffe übergeben wurden.²⁶ Die Zeit drängte, der Kanzler musste auf die Kritik reagieren, um die Lage zu kontrollieren. »Ich möchte Sie bitten«, stimmte Adenauer den Vorstand der CDU im Mai 1957 ein, »sich die Frage einmal durch den Kopf gehen zu lassen, welche Propaganda wir treiben müssen.« Denn die Bevölkerung lasse sich nicht vom Sinn der Atombewaffnung überzeugen. Der Kanzler war entsetzt, dass das Wort »Lieber rot als tot« immer mehr Anhänger finde. »Sie sagen, wir wollen lieber Jahre der Unfreiheit über uns ergehen lassen, als dass wir und unsere Kinder und Kindeskinde ausgerottet werden.«²⁷

Die Taktik der Propaganda setzte die Regierung schon bei der großen Anfrage der Opposition vom Mai 1957 ein, aber auch bei der wichtigen Debatte des Bundestages im Januar 1958. Die Bundesregierung verschanzte sich hinter der Position, die Atombewaffnung sei »nicht aktuell«, vielleicht »in ein paar Jahren«, sie stünde »überhaupt nicht zur Debatte«, sie sei »belanglos«. Der sicherheitspolitische Sprecher der Opposition, Helmut Schmidt, ging völlig zutreffend von der laufenden Atomaufrüstung aus, musste aber schließlich resignierend feststellen: »Jedermann im deutschen Volk, der Ohren hat zum Hören, muss nach dem heutigen Tage wissen, was hier in Bonn gespielt wurde.«²⁸ Dennoch gewann die Regierung diesen Part haushoch: Noch im Herbst

²³ Mayer, Max: Neue Atomwaffen. In: Wehrtechnische Hefte, Jg. 51 (1954), S. 60.

²⁴ Wirth, Friedrich: Der Einfluss der Atomwaffen auf militärisches Denken und Handeln. In: Wehrtechnische Hefte, Jg. 51, Nr. 2 (1954), S. 1.

²⁵ Vgl. Bald, Detlef: Die Atombewaffnung der Bundeswehr. Militär, Politik und öffentliche Meinung in der Ära Adenauer. Bremen 1994.

²⁶ Vgl. Gablik, Axel: »Strategie kann nicht zeitlos sein.« Offiziere, Politiker und strategische Planungen in Deutschland, 1955-1966. Baden-Baden 1993; Tuschhoff, Christian: Die MC 70 und die Einführung nuklearer Trägersysteme in die Bundeswehr. Ebenhausen 1990.

²⁷ Adenauer: »Wir haben wirklich etwas geschaffen.« Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1953-1957. Bearbeitet von Günter Buchstab. Düsseldorf 1990, S.1226 u.1229 (Protokoll vom 11. Mai 1957).

²⁸ Deutscher Bundestag. Stenographische Berichte, 2. Wahlperiode, 23. Januar 1958.

1960 glaubten gerade 14 Prozent der Bevölkerung, die Bundeswehr sei mit Atomwaffen ausgestattet.

Die Zahl der für die Bundeswehr gelagerten Atombomben war nicht unerheblich. Im Jahr 1965 verfügte das Heer über 965 Atomsprengköpfe für Raketen und Haubitzen, die Luftwaffe hatte 1.250 für Luftabwehr und Jagdbomber. Der Bestand war seitdem zu allen Zeiten hoch. Jede Verteidigung sah den integrierten Einsatz nuklearer und konventioneller Waffen vor. Auf dem Höhepunkt der Friedensbewegung im Jahr 1981 fand sich auch der Höhepunkt der Atomausstattung: Das Heer besaß 1.670 und die Luftwaffe 1.921 dieser Bomben, insgesamt verfügte also die Bundeswehr über eine Höchstzahl von 3.591 Atombomben.²⁹ Sogar 1992 besaß das Heer immer noch 990 nukleare Sprengsätze, die Luftwaffe 1.592, jeweils gemeinsam mit den US-amerikanischen Truppen. Dann erfolgte die abrupte Denuklearisierung der Bundeswehr bis auf wenige »substrategische« Atomwaffen.

Derartige Daten sind abstrakt. Was sie besagen, ist für Laien kaum vorstellbar. Aber Militärs ordnen sie effektiv ein und planen den Einsatz. Die Grundsätze des taktischen Atomwaffengebrauchs des Heeres habe ich an anderer Stelle ausführlich dargelegt.³⁰ Hier ist auf das militärische Einsatzdenken hinzuweisen, das die Führung auf der Hardthöhe pflegte. Ein Beispiel: Während zu Beginn der achtziger Jahre die Proteste gegen die Atomrüstung hohe Wellen schlugen, verfasste der Sprecher der traditionalistischen Fraktion der Generalität, Heinz Karst, eine einflussreiche Studie für den designierten Minister Manfred Wörner, das politische Leitprogramm der geistig-moralischen Wende zur Entwicklung der »Kriegsbundeswehr« – eine bemerkenswerte Wortschöpfung dieser »Karst-Studie«.³¹ Das Dilemma der nuklearen Strategie, nämlich das zu vernichten, was es zu verteidigen gilt, wurde allein mit Begriff der »Glaubwürdigkeit des Einsatzes« gelöst. Die nukleare Kriegführung verlange mentale Stärke der Soldaten: »Bei selektivem Einsatz von Atomsprengkörpern wäre Verteidigung noch durchzuführen [...] Die Streitkräfte können im Verteidigungsfall nur mit entschlossenem Willen zum Sieg am Ort ihres Gefechts kämpfen. Anders kann überhaupt keine Truppe ihre Waffen gebrauchen.«³² Nur »soldatische Erziehung« biete die Voraussetzung für den sicheren Einsatz der Soldaten im Atomkrieg.

Ein anderes Beispiel aus der Mitte der sechziger Jahre: Als die USA zu einer flexibleren Strategie des abgestuften Atomwaffeneinsatz gelangen wollten,

²⁹ Vgl. Bald 1999, S. 236.

³⁰ Vgl. Bald 1994, S. 53 ff.

³¹ Karst, Heinz: Zustand und Therapie in Geist und Haltung der Bundeswehr, 11. Januar 1983. Die hier zitierte Fassung trägt dieses Datum. Karst teilte am 6. April 1983 dem Ministerium, Fü S I, mit, Manfred Wörner habe sein Exemplar früher, im »Herbst 1982«, vor seiner Ernennung zum Minister erhalten.

³² »Karst-Studie«, S. 4 f.

formulierten die »West«-Deutschen ihre Position. Die Bestandsaufnahme von General Albert Schindler beklagte im Juni 1965, man sei bislang zu sehr von einem »allgemeinen, uneingeschränkten Krieg«, d.h. von einem massiven Einsatz der Atomwaffen ausgegangen. Man solle nicht ausschließen, so seine Forderung, »einen vertretbaren Anteil der Luftwaffe für einen Kampf mit konventionellen Mitteln« vorzumerken. Die Argumente sind eigentümlich. Es sei unstrittig, dass ein solcher Kampfeinsatz »mit massiver oder selektiver Zerstörung [...] für die BRD ein Chaos bringen muss.« Der General wies auf die neue Entwicklung hin, »man [sei] im Westen im Umgang mit der A-Waffe sehr viel behutsamer geworden.« Er forderte ein Umdenken: »Wir Deutschen neigen dazu, in einem solchen begrenzten Kriege unsere nationalen Belange sehr in den Vordergrund zu stellen und schon dort einen Einsatz von A-Waffen zu fordern, wo in Wirklichkeit weder für das Bündnis noch für die USA« der Einsatzfall gegeben sei.³³ Politik und Militär waren sich in dieser Hinsicht absolut einig gewesen.

Noch ein Beispiel, ein Versuch der Deeskalation mit der Möglichkeit, im Falle eines Konfliktes eine »Pause« im Kampf einzulegen: Der Führungsstab der Hardthöhe lehnte solche Auffassungen ab. Die Unkalkulierbarkeit des Angriffsrisikos müsse erhalten bleiben; er forderte »Pläne und Verfahren für den frühzeitigen selektiven Einsatz von nuklearen Gefechtsfeldwaffen und für den quasi-automatischen Einsatz von nuklearen Abwehr- und Sperrwaffen«. Die atomare Schwelle solle so niedrig gehalten werden, damit »jede noch so kleine konventionelle Feindaktion mit einer atomaren Verteidigungsreaktion beantwortet werden konnte.«³⁴ Im Zusammenhang damit wurden Szenarien für Minengürtel erörtert und mit den USA 1965 abgestimmt. Diese Sperrwaffen waren nuklear und sind eher bekannt als Atomminen (ADM, Atomic Demolition Mines). Zwei Varianten solcher Minengürtel durch Deutschland wurden geplant, die eine, hauptsächlich entlang der innerdeutschen Grenze, wurde von den Deutschen favorisiert; die andere Linie, vorgeschlagen von der US-amerikanischen Gruppe, folgte dem Verlauf der Ems zum Ostrand des Ruhrgebiets, über Gießen, Hanau, Ulm zum Bodensee. Im Wesentlichen waren dafür Mini-Nukes vorgesehen, kleinste Atomsprengkörper mit einem Detonationswert zwischen 0,2 und 0,9 Kilotonnen, einzelne mit der mehrfachen Kraft der Hiroshima-Bombe. Man rechnete mit 700 bis 800 Sprengkörpern.³⁵

Die Leichtigkeit bei der Planung von Atomeinsätzen ist das Signum der deutschen militärischen Führung über Jahrzehnte. Manche sehen darin nur die

³³ Zitate von Albert Schindler aus verschiedenen Dokumenten: Gablik 1993, S. 399 f.

³⁴ Gablik 1993, S. 404 f.

³⁵ Vgl. Pommerin, Reiner: General Trettner und die Atomminen. Zur Geschichte nuklearer Waffen in Deutschland. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 39. Jg. (1991), S. 637 ff.

Verharmlosung der Atomwaffen im Denken eines totalen Krieges. Es gab wenige andere Stimmen, die einen Sinn für Realität und Moral erkennen ließen. So sagte General Wolf Graf von Baudissin im Jahr 1962 über den Atomwaffeneinsatz: »Es kommt der Augenblick, wo jede Kriegführung aufhört; von da an herrscht Kirchhofsruhe.«³⁶

Funktion der Atomwaffen in der Gegenwart

Die Atombewaffnung des Kalten Krieges wurde im Wesentlichen nach drei Typen unterschieden.

Im Fall des europäischen Deutschlands wurde die Aufgabe der Abschreckung betont. Janusköpfig war ihre Existenz; daran besteht kein Zweifel. Es ist üblich, gerade von konservativer Seite, den defensiven Charakter herauszustellen. Doch das ist nur eine Behauptung, wie das Einsatzdenken zeigt. Klar ist, dass die USA die Kontrolle über die Waffen, die auf deutschem Boden stationiert waren, strikt organisierten. Der Anspruch der Deutschen auf autonome Verfügungsgewalt scheiterte. Aus US-amerikanischer Sicht hatte die Bundeswehr nur Waffensysteme für den Kriegsschauplatz, also taktische Atomwaffen mit einer regionalen, auf den Kontinent begrenzten Funktion. Sind das defensive Elemente, wenn der Einsatz auch im Hinterland des Gegners eingeschlossen wird? Was aber bedeutet defensive Verteidigung, wenn aus eigenen Mitteln der Einsatz von Hunderten von Atombomben – neben denen des Gegners – kalkuliert wurde? Das verdeutlichen die Beispiele aus der Geschichte der Bundeswehr: Der angenommene defensive Einsatz garantierte die Vernichtung und als Ergebnis die Friedhofsruhe.

Deutlicher scheint der zweite Typ der Atombewaffnung im Kalten Krieg. Frankreich hatte sich den Soforteinsatz vorbehalten, falls das Land angegriffen würde; eine letzte Art der Selbstverteidigung. Das Gleiche gilt für die anderen Atomkräfte. Diese Qualität könnte man nationale Strategie nennen. Mir scheint, dass in den aktuellen asymmetrischen Sicherheitslagen aus der Sicht der schwächeren Länder der Anspruch kommt, »letzte« Sicherheit vor Bedrohung, auch vor konventioneller Bedrohung, durch Atomwaffen zu fordern.

Doch dann gab es den dritten Typ. In den USA kamen zu Beginn der achtziger Jahre andere Töne auf. Vor der Militärakademie in West Point proklamierte Ronald Reagan am 27. Mai 1981 das typische Denken dieser Ära, über den Feind – das »Reich des Bösen« – auch im Atomzeitalter »den Sieg zu erringen«. Ungewohnte Töne überlagerten die bekannten Begriffe, nach denen durch Abschreckung und Gleichgewicht eine wechselseitig gesicherte Stabili-

³⁶ Baudissin, Wolf Graf von: Das Kriegsbild. In: Information für die Truppe, Sonderbeilage, September 1962, S. 17.

tät zu erhalten sei. Jetzt dominierte der Wunsch, nach eigenen Interessen global zu agieren und Macht zu »projizieren«, Truppen und Waffen überallhin verlegen zu können. Im Handbuch der Armee vom August 1982 mit dem Namen »AirLand Battle« wurden die Operationsanweisungen für eine hoch mobile Kriegführung mit nuklearen und chemischen Waffen gegen eine »weltweite Herausforderung« definiert. Die Regeln beinhalteten die Anforderung nach genereller Offensive »für den totalen Sieg«. ³⁷ Dieser Ansatz schien vollends eingelöst durch das FOFA-Konzept (»Follow On Forces Attack«), nach dem auch bei ansonsten konventioneller Kriegführung mit weitreichenden Atomschlägen ins gegnerische Hinterland – auch in Europa – die Kriegsführungsfähigkeit mit Atomwaffen demonstriert werden sollte.

Die unterschiedlichen Typen der Atombewaffnung des Kalten Krieges haben eine Gemeinsamkeit: Der Gebrauch der Atomwaffen richtete sich nach der nationalen Staatsräson der nuklear größten Unabhängigkeit. Im Falle Deutschlands galt die US-amerikanische Suprematie. Dies bedeutete eine Einhegung der Bonner Republik nur insofern, als das US-amerikanische Interesse es erforderte. Beim Gleichklang der Interessen zwischen Bonn und Washington gab es kein politisches Tabu zum Atomeinsatz, allenfalls individuellen Widerstand. Das zeigte sich symbolträchtig, als die Nachrüstung der Mittelstreckenwaffen von der deutschen politischen und militärischen Elite im Verein mit den US-Amerikanern gegen massiven öffentlichen Protest durchgesetzt wurde. Damals hatte Minister Brown vor dem Plenum einer Militärakademie über die Notwendigkeit der Stationierung dieser weit reichenden Atomwaffensysteme betont, er rechne »auch nach einem begrenzten nuklearen Angriff« mit der Zerstörung Europas und der Vernichtung aller seiner Truppen. Aber diese Atomwaffensysteme böten den USA den Vorteil, dass, da diese Raketen in gehärteten Bunkern geschützt würden, schließlich noch »Dutzende bis Hunderte Gefechtsfeldwaffen« für einen flexiblen Gegenschlag aus der Region verfügbar blieben. ³⁸ Die Einsatzkriterien der Atomwaffen richteten sich nach Nützlichkeit im Sinne der Effizienz der Destruktionspotenziale. Militärische Effizienz entsprach der politischen Rationalität.

Die nationale Staatsräson, die im Kalten Krieg zu beobachten und damals zeitweise von einem religiös dirigierten politischen Sendungsbewusstsein getragen war, dominiert auch die Doktrin der US-amerikanischen Nuklearwaffen der Gegenwart. Der Präsident ist im Rahmen der militärisch bestimmten Gesamtkonzeption der nationalen Sicherheitsstrategie (NSS) seit 2002 ausdrücklich befugt, präventiv und präemptiv den Ersteinsatz von Atomwaf-

³⁷ Zitate aus dem Field-Manual bei: Afheldt, Horst: *Defensive Verteidigung*, Reinbek 1983, S. 26 ff.

³⁸ Dokumente bei Czempiel, Ernst-Otto und Schweitzer, Carl-Christoph: *Weltpolitik der USA nach 1945. Einführung und Dokumente*. Bonn 1987, S. 405 ff.; auch bei Tuschhoff, Christian: *Einstellungen und Entscheidungen. Perzeptionen im sicherheitspolitischen Entscheidungsprozess der Reagan-Administration*. Baden-Baden 1990.

fen zu befehlen. Diese auf Intervention abgestellte Militärpolitik – wie es heißt: gegen terroristische Standorte, gegen Massenvernichtungswaffen und gegen gefährliche totalitäre Regierungen – basiert auf einer nationalen Plattform des unbegrenzten Machtdenkens, das neue Formen der nuklearen Kriegsführungsfähigkeit anstrebt. Diese Bush-Doktrin suggeriert eine Sicherheit im Kriegs- und Konfliktfall wie 1945, zu Beginn des Atomzeitalters, als allein die USA über derartige Waffen verfügten. Diese Denkungsart fordert ihren Tribut.

Das Damoklesschwert des Kalten Krieges konnte abgewehrt werden. Das Patt der beiden Supermächte hat eine gewagte Stabilität über alle Spannungen hinweggerettet. Seit dem Jahr 2000 gibt es keine Nation, deren Rüstungsniveau dem US-amerikanischen ebenbürtig wäre. Die Macht der Supermacht und die Ohnmacht der Schwachen bieten eine globale asymmetrische Konstellation. Die USA entdecken darin die Chance, gegen definierte globale Bedrohungen Atomwaffen (wieder) einzusetzen. Die Schwachen sehen in ihrer Atomrüstung die einzige Möglichkeit, um sich vor Interventionen zu schützen. Die Wahrscheinlichkeit eines solchen Konflikts nimmt zu. In diesem Urteil folge ich Eric Hobsbawm, der in der US-amerikanischen Agenda mit dem Anspruch auf Weltvorherrschaft und der allgemeinen Weiterverbreitung der Atomwaffentechnologie »auch das Risiko von Kriegen« nicht ausschließt, »in denen Kernwaffen eingesetzt werden«.³⁹

Die Entscheidung zum Abwurf der Atombombe fiel auf der Konferenz in Potsdam unter dem Kodewort »Endstation«.⁴⁰ Allein damit war kein Ende, sondern der Anfang der globalen Atomrüstung verbunden. Stehen wir demnächst vor einer Situation, ähnlich der der Bomberpiloten von 1945? Es sei abschließend noch einmal an ihre Worte erinnert, als über Hiroshima die dunklen Wolken der tödlich-gleißenden Detonation sich pilzförmig hoch in den Himmel wölbten und der Kommandeur den Kommentar abgab:

»In jeder Hinsicht erfolgreich!«, aber der Kopilot mit Grausen fragte: »Mein Gott, was haben wir getan?«

³⁹ Hobsbawm, Eric: Das Gesicht des 21. Jahrhunderts. Ein Gespräch mit Antonio Polito. München 2004, S. 17.

⁴⁰ Vgl. Greiner, Bernd: 200 Tage. In: Hamburger Institut für Sozialforschung (Hrsg.): 200 Tage und ein Jahrhundert. Gewalt und Destruktivität im Spiegel des Jahres 1945. Hamburg 1995, S. 40.

Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK (DSS) e.V.
Aus der Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere“

- Heft 80: **50. Jahrestag der NVA.** Ansichten und Wertungen. Vorwort: Wolfgang Scheler.
 Beiträge: Paul Heider, Horst Sylla,
 Dresden 2006, 50 Seiten; 2,00 Euro.
- Heft 81: **Zur Bewertung militärischer Optionen gegen das Nuklearprogramm des Iran.**
 Beiträge: Hermann Hagen, Ernst Voit, Dresden 2006, 22 Seiten; 2,00 Euro.
- Heft 82: Siegfried Schönherr, **Neuer Imperialismus - neue Formen der Rüstungsfinanzierung,** Dresden 2007, 40 Seiten; 3,00 Euro.
- Heft 83: **Ideologie des neuen Imperialismus und ihre Positionen zu Krieg und Frieden.**
 11. Dresdner Symposium *Für eine globale Friedensordnung* am 18. November 2006.
 Beiträge: Erich Hahn, Horst-Dieter Strüning, Wolfgang Scheler, Ernst Voit, Harry Pursche,
 Lothar Glaß, Siegfried Schönherr,
 Dresden 2007, 60 Seiten; 3,00 Euro.
- Heft 84: **Traditionen in Bundeswehr und Nationaler Volksarmee.**
 Beiträge: Winfried Heinemann, Paul Heider,
 Dresden 2007, 32 Seiten; 2,00 Euro.
- Heft 85: **Friedensdiplomatie statt Militärintervention.** Für Frieden im Nahen Osten nach dem Vorbild der KSZE,
 15. Dresdner Friedenssymposium am 17. Februar 2007.
 Beiträge: Steffi Belke, Wolfgang Gehrcke, Horst Schneider, Mechthild Tschierschky,
 Dresden 2007, 24 Seiten; 2,00 Euro.
- Heft 86: Wilfried Schreiber, **Von einer Militärdoktrin der Abschreckung zu Leitsätzen entmilitarisierter Sicherheit (1987 – 1990).** Ein Zeitzeugenbericht,
 Dresden 2007, 114 Seiten; 5,00 Euro.
- Heft 87: Frank Preiß, **Militärpolitik und Streitkräfte der Republik Belarus,**
 Dresden 2007, 98 Seiten; 5,00 Euro.
- Heft 88: Rudolf Oelschlägel, **Dien Bien Phu – Entscheidungsschlacht im Dschungel,**
 Dresden 2007, 46 Seiten; 3,00 Euro.
- Heft 89: **Militarismus und Antimilitarismus heute.**
 12. Dresdner Symposium *Für eine globale Friedensordnung* am 17. November 2007.
 Beiträge: Jürgen Hofmann, Wolfgang Scheler, Endre Kiss, Ernst Voit, Horst Sylla,
 Dresden 2008, 46 Seiten; 3,00 Euro.
- Heft 90: **Deutschland – europäische Zivilmacht oder weltweit agierende Militärmacht?**
 16. Dresdner Friedenssymposium am 16. Februar 2008.
 Beiträge: Gerda Krause, Monika Knoche, Elke Renner, Wolfgang Scheler, Horst Sylla,
 Horst Schneider, Dresden 2008, 34 Seiten; 2,00 Euro.
- Heft 91: **Die NATO vor neuen Entscheidungen,** Beiträge vom Podium zum Weltfriedenstag am
 1. September 2008 in der Dresdener Dreikönigskirche,
 Dresden 2008, 38 Seiten; 3,00 Euro.
- Heft 92: **Konzeption der Außenpolitik der Russischen Föderation,** Arbeitsübersetzung:
 Egbert Lemke, Frank Preiß,
 Dresden 2008, 34 Seiten; 3,00 Euro.

Die Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e.V. (DSS) informiert über
 Aktivitäten und Ergebnisse ihrer Tätigkeit auch im Internet.

<http://www.sicherheitspolitik-DSS.de>